# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND




***Lehrer der Freiheit: Gunnar Kaiser** verteidigt bürgerliche Werte gegen Corona-Lüge und Kriegstreiberei.*

Seite 2

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 90 ab Samstag 14. Mai 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*

# CORONA

## Inszenierung einer Krise

Regierungsmitglieder und Konzernpresse verschleierten Zusammenbruch des US-Finanzsystems. Die Folgen:

- »Impf«-Schäden Seite 3
- Verfassungskrise Seite 16
- Inflation ab Seite 9

DW-Titelcollage: Anselm Lenz mit Material von Hannes Henkelmann, Axel Voss / Klaus-Jürgen Bruder und Ruptly

### Bildungs- und Entwicklungschancen auf dem Corona-Schaffott

*von Magda von Garrel*

**Schon lange vor Beginn der zur Eindämmung von Covid-19 ergriffenen Maßnahmen befand sich das deutsche Bildungswesen in einem weitgehend desolaten Zustand, der sich in vielerlei Hinsicht auf die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen auswirkte.**

Das Ausmaß der aus den Corona-Maßnahmen resultierenden Einschnitte in das Leben von Kindern und Jugendlichen nur dann annähernd vollständig erfassen, wenn der »neoliberale« Hintergrund mitgedacht wird.

Die gegenwärtige Situation ist das Ergebnis einer seit über zwei Jahren andauernden Maßnahmenpolitik, die besonders im (vor-)schulischen Bereich für erhebliche Probleme und Irritationen gesorgt hat. Die vielen Unklarheiten lösten teilweise heftig geführte Diskussionen aus.

Es geht um die Frage, wie es um die zukünftigen Bildungs- und Entwicklungschancen der jetzt lebenden Kinder und Jugendlichen voraussichtlich bestellt sein wird.

DW-Akademie Seiten 12/13

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 90. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.


- Dr. Köhne kann montags angerufen werden, Seite 2
- Die Lüge von der globalen Seuche in Zahlen, Seite 3
- BRD-»Stasi« mit Denunzianten-Seite im Netz, Seite 4
- Polizisten für Aufklärung wehren den Anfängen, Seite 6
- Biochemiker und Arzt kämpft gegen Impfzwang, Seite 7
- DW-Experte: Bitcoins von Grund auf erklärt, Seite 10
- Neues von der Ostfront ohne Propaganda, Seite 11
- Kinderarzt Dr. Riedl: Christ im Widerstand, Seite 14
- Sport mit Berthold, Seite 15
- Grundgesetz, Seite 16

# Feiner Mensch

***Der Preis der Republik geht an Gunnar Kaiser.*** | LAUDATIO von Anselm Lenz



**Für mich war er schon vor der Corona-Lüge der Philosophielehrer, zu dem ich gern in den LK gegangen wäre. Leistungskurs, denn sicher war: »Ich studiere Philosophie!« (An der Uni stellte sich heraus, dass sich die Fakultät bereits in einer Art Abwicklung befand. Wenig später hetzten gestresste »Bättschölla-Studis« über den Campus.)**

Épistémologisch: Freiheit ist der Anfang von allem! Und Gunnar Kaiser auch mir ein Idol. Auch wenn wir ähnlichen Alters und in Fragen der Ökonomie nicht einer Meinung sind. Jedenfalls einer, der es durchgezogen hat. Allerdings auf andere Art, aus dem Lehrerberuf heraus und via *Youtube*, während ich Bartleby mich mit *Jobs* für Tageszeitungen, Verlage und Staatstheater heranpirschte.

Ans Eingemachte ging mir auch die Nachricht seiner Erkrankung. Auf dem Weg der Genesung kommt nun der derzeit angesehendste Politpreis in der Bundesrepublik hinzu – für einen Philosophen und Schriftsteller von Weltformat (dieser Ansicht bin ich!). Zu verdanken habe auch ich *dem Kaiser* manches, seitdem er eines Sommerabends im Juni 2021 in das Gartenfest unseres DW-Gipfels spazierte. Ich forme mit beiden Händen das Herz.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Gunnar Kaiser. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen.




Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

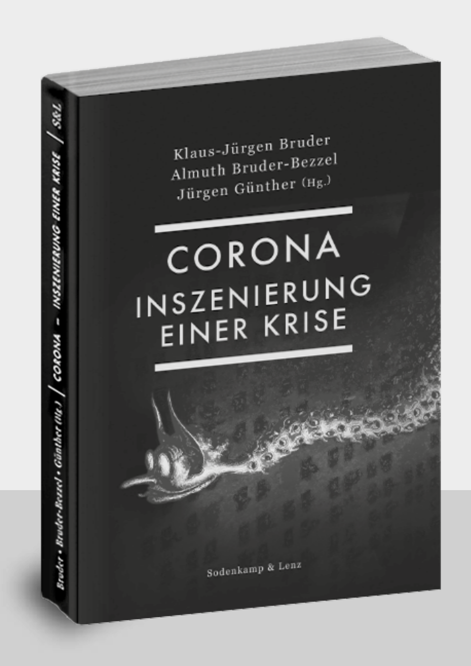
Liebe Leser,

nun hat auch die Skatbank das Konto unseres eingetragenen Vereins gekündigt. – Wie zuvor auf politischen Druck von oben (S. 14)

Diese Zeitung ist partei-, regierungs- und konzernunabhängig und finanziert sie ausschließlich durch ihre Leser.

Die neue Bankverbindung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28
BIC: QNTODEB2XXX

♡-Lich






DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
**UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!**
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

*We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin*

# Ethik nach Corona

EINWURF *von Werner Köhne*

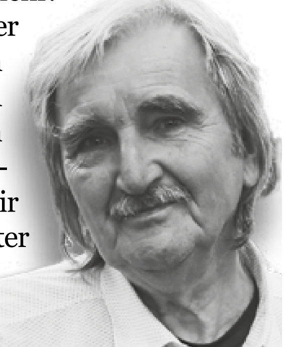
**Gerade ein Gespräch zwischen zwei bekannten Youtubern belauscht – inzwischen anerkannte Vordenker der Kritiker-Bewegung. Sie bestechen durch launige *Statements*, die sie auf signifikante Erfahrungen im Corona -Alltag richten.**

Erstaunlicherweise wird von einem der beiden dabei die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung der Ethik in einer Nach-Coronazeit zukommen könnte. Sollte sich da eine ferne Hoffnung andeuten – ein Forum, auf dem sich die 2001 ins Leben gerufene Ethikkommission oder gar die westliche Wertegemeinschaft mit uns verständigen könnten?

Seit wann gibt es diese merkwürdige Wiedererweckung der Ethik überhaupt – und warum? Ich habe da einen *Turnaround* ausgemacht. Irgendwann zu Ende der 70er Jahre. Damals veröffentlichte der Philosoph Hans Jonas ein Buch über Verantwortungsethik. Jonas setzte darin entgegen soziologischen Einschätzungen auf das Wertesubjekt Individuum. Erstaunlicherweise griff damals selbst Helmut Kohl in das Repertoire des Ethischen, als er die Losung von der »geistig moralischen Wende« ausgab – und damit auch die folgenden Wahlen erfolgreich bestritt.

Offensichtlich gab es eine allgemeine Empfänglichkeit für diese individualistische Moral. Allerdings unter einem ideologischen Vorzeichen. Dafür sorgten bald Ethikkommissionen und der vom Historiker Ernst August Winkler ausgegebene Neusprech von der »westlichen Wertegemeinschaft«. Darin wurde das Ethisch-Individuelle politisch umgeformt und in Dienst genommen. Man setzte eine moralische Praxis anderer Art auf das Laufband der Mentalitätsgeschichte: die Gesinnungsethik, von der sich ein Max Weber angewidert gezeigt hatte.

Sie ist es aber, die in Corona-Zeiten das Muster der staatlichen Agenda vorgibt – speist sich aus Gefühlen, Meinungen und moralischen Versatzstücken, die sich hervorragend für Manipulationen einsetzen lassen, weit entfernt von Kants wuchtigem moralischen Imperativ, weit entfernt auch von der genuin politisch-schlichten Einsicht in Interessen, die das Geschehen bestimmen. Über Interessen spricht heute kein Schwein mehr. Es geht in dieser Ethik nur noch um Gut und Böse – um Dämonisierungen aus dem Bauch heraus. Das erleben wir heute in massivster Weise.



# IMPFSCHÄDEN KEINE »VERSCHWÖRUNGS-THEORIE« MEHR

***Impfnebenwirkungen werden nun mit großer Verspätung auch im Mainstream thematisiert.***

Von Markus Fiedler




*Diese Demokratin will sich mit unerträglichen Zuständen nicht abfinden.* *Foto: Sandra Doornbos*

**Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht manchmal Jahre, um wichtige Nachrichten als solche zu erkennen und schadet somit den Verbrauchern, die eigentlich zeitnah informiert werden müssten. Währenddessen berichten die unabhängigen Medien über immer neue Hiobsbotschaften.**

Der *MDR* hat nun schon zum wiederholten Male kritische Berichte zu den Nebenwirkungen der Genbehandlungen mit den neuartigen mRNA- und DNA-Vektor-Präparaten veröffentlicht. Alleine vom 14. April 2022 bis zum 28. April 2022 beschäftigten sich mehr als sechs Sendungen mit den unerwünschten Nebenwirkungen. Darunter mehrfach die MDR Umschau, Doc Fischer und Hauptsache Gesund. Darunter waren auch sehr kritische Töne. Geschädigte kamen mit erschreckenden O-Tönen zu Wort.

Beispielsweise referierte auch Prof. Harald Matthes über eine in einer Studie ermittelten Nebenwirkungsquote der Gen-Präparate von 0,8 Prozent und sagte, dass das mit einer durch Impfregister ermittelten Quote anderer Länder übereinstimmt. Gleichzeitig bemängelte er, dass wir in Deutschland keine entsprechenden Impfregister hätten. Der aufmerksame Zuschauer sieht hier eventuell eine mittelbare Werbung für digitale Impfregister, aber immerhin werden schwere Nebenwirkungen der Gen-Präparate überhaupt thematisiert und lassen den Gesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach dumm aussehen.

### CORONA-PROPAGANDISTEN ÜBERNEHMEN KEINE VERANTWORTUNG

Lauterbach war in den letzten Monaten durchgehend beratungsresistent und behauptete trotzig, dass die Gen-Impfungen (weitgehend) nebenwirkungsfrei seien oder nur ganz geringe Anteile der Gen-Geimpften Nebenwirkungen zeigten und beschimpfte gleichzeitig Bürger, die sich keine Injektion geben lassen wollten. Das Online-Magazin Tichys Einblick vermutet, dass Karl Lauterbach wahrscheinlich durch eine unvorsichtige Twitter-Meldung dabei ertappt wurde, wie er insgeheim eine allgemeine Impfpflicht unter Täuschung des Bundestages über eine scheinbare Impfpflicht ab 60 einzuführen versuchte. Und dann will der Gesundheitsminister die Evaluierung der Corona-Maßnahmen auch noch um ein Jahr verschieben. Das erscheint vor allem vom Standpunkt der Wissenschaft aus dubios. Normalerweise ist zu erwarten, dass man sich um eine zeitnahe Auswertung von Daten bemüht. Hier geschieht das Gegenteil.

Will man hier eventuell negative Ergebnisse möglichst nach hinten schieben um zwischenzeitlich Zeit für weitere Grundrechtsbeschneidungen durch verfassungsfeindliche Corona-Maßnahmen zu gewinnen? Auch zog sich seltsamerweise Herr Drosten aus dem Gremium zurück. Auf *Russia Today* liest man dazu: »Brisant dabei ist auch, dass FDP-Vize Wolfgang Kubicki wenige Stunden vor Drostens Rückzug den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags angefragt hat, ob Drosten überhaupt die gesetzliche Anforderung, unabhängig zu sein, erfülle, um an der Evaluierung mitzuarbeiten. Mit dem Ausscheiden Drostens aus dem Gremium hat sich diese Frage nun wohl erledigt.«

### KAUSALITÄT BEI IMPFSCHÄDEN BESTÄTIGT

Gleichzeitig ebben die Hiobsbotschaften auch über Langzeitwirkungen der Gen-Impfungen nicht ab. Diesmal betrachten wir die Niederlande. Das niederländische Pharmakovigilanzzentrum Lareb identifiziert Risiken im Zusammenhang mit der Anwendung von Arzneimitteln in der täglichen Praxis und ist das Wissenszentrum für unerwünschte Arzneimittelwirkungen (UAW). Lareb berichtete am 2. Mai 2022 über eine drastische Zunahme von Herzmuskelentzündungen. Zitat: »Diese Übersicht umfasst 373 Meldungen, die das Lareb Side Effects Center bis Ende Januar 2022 über Entzündungen des Herzmuskels oder des Herzbeutels von etwa 30 Millionen gegebenen Corona-Impfstoffen erhalten hat. Dies sind bekannte seltene Nebenwirkungen des Impfstoffs Pfizer/BioNtech (Comirnaty) und des Moderna-Impfstoffs (Spikevax).«

Der Pathologe Prof. Dr. Arne Burkhardt hat mit immuno-histologischen Nachweismethoden eindeutig den Zusammenhang von Impfungen mit Entzündungen und Schädigungen zahlreicher Gewebe, unter anderem von Herzmuskel, Herzbeutel und Lunge nachgewiesen. Er gab bezüglich massiver Gen-Impfungsnebenwirkungen in einem Interview zu Protokoll: »Aber schon beim ersten Durchgang unserer Präparate waren wir über die akuten und direkten Todesursachen, die wir im Mikroskop und teilweise auch makroskopisch sahen, im höchsten Maße entsetzt. Wir sahen geplatzte Hauptschlagadern, wir sahen zerfetzte Hirnarterien, wir sahen Zerstörungen von Herzmuskeln und Gehirn. Aber noch schlimmer ist das, was wir dann sahen: Nämlich die Dauerschäden; die Dauerschäden, die unter Umständen eine Zeitbombe für die Träger in sich tragen.« Diese seien insbesondere Gefäßtexturstörungen und Autoimmunerkrankungen. Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

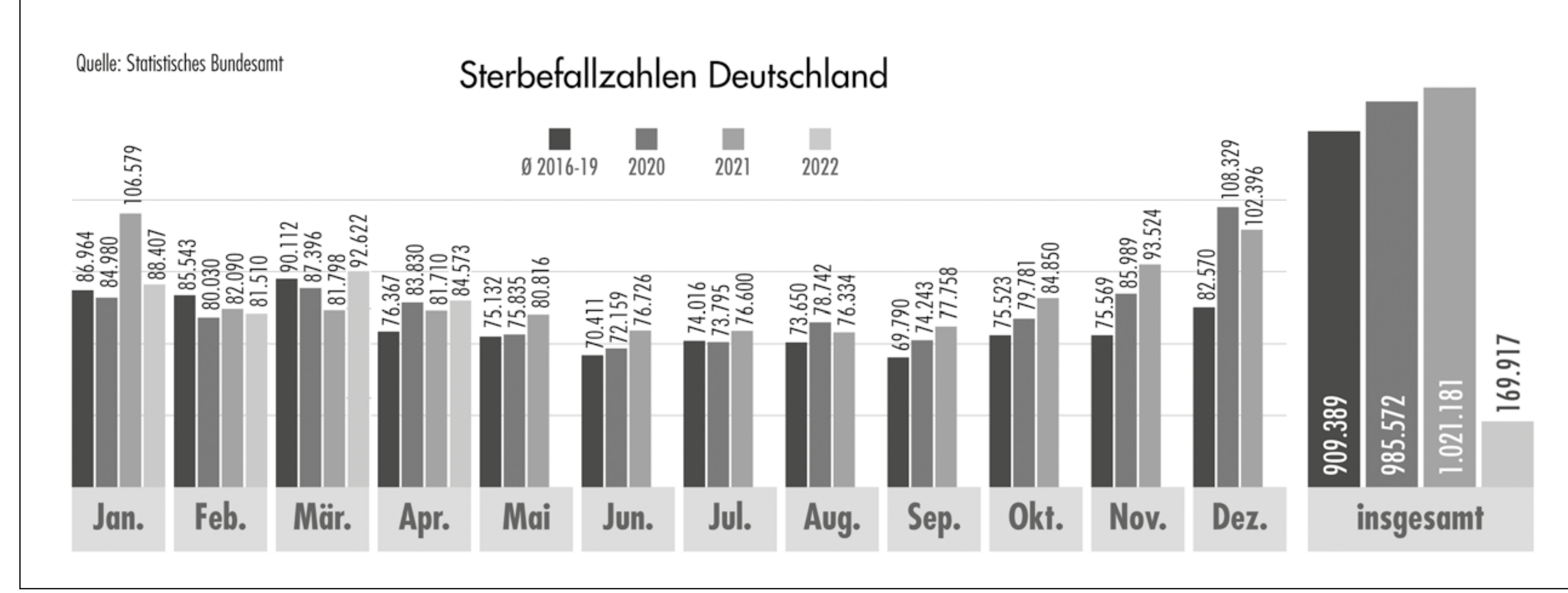
## MELDUNG

### NUR DEUTSCHE WOLLEN MASKIERT BLEIBEN

DW/Brüssel. Die EU beendet die Maskenpflicht auf Flugreisen. Ab dem 16. Mai 2022 entfällt nach Auskunft der Europäischen Luftsicherheitsagentur EASA und der EU-Gesundheitsbehörde ECDC die Empfehlung an Flughäfen und in Flugzeugen eine Maske zu tragen. Damit folgt die EU mit Monaten Verspätung dem Beispiel der USA nach. Jedoch gelten weiterhin nationale Bestimmungen. In Deutschland wird am Maskenzwang im öffentlichen Verkehr festgehalten. (hes)

### GENERAL WIRD AN DIE OSTFRONT VERLEGT

DW/Berlin. Deutscher Corona-Krisenstab wird aufgelöst. Das von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seinem Amtseintritt eingerichtete Entscheidungsgremium unter der Leitung des Bundeswehrgenerals Carsten Breuer ist nach fünf Monaten aufgelöst worden. Als Grund wurde »die andere Situation bei den Infektionen und Impfungen« angegeben. Der militärisch geleitete Stab sollte die Impfpflicht in der Bevölkerung überwachen und durchführen und wird nun vorerst nicht benötigt. Der sogenannte Corona-Expertenrat bleibt jedoch auch nach Abgang seines Aushängeschildes Christian Drosten bestehen, um die Regierung mit jeweils passenden Gutachten zu unterstützen. (hes)




### WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

## MELDUNG

### BRD-POLIZISTEN LAUFEN WEITER AMOK

Mannheim/DW. Nachdem am 2. Mai 2022 ein 47-Jähriger durch zwei Beamte des Landes Baden-Württemberg auf offener Straße durch Faustschläge ermordet worden war (DW berichtete), töteten nun wiederum in der Stadt Mannheim Polizisten einen 31-Jährigen. Der Mann habe sich laut Polizeimeldung selbst Stichwunden zugefügt, sich »in einem psychischen Ausnahmezustand« befunden, so die Behörden laut Merkur. Die Beamten der Exekutive des Kretschmann-Landes (Bündnisgrüne) schossen dem Liegenden dennoch in die Beine, woraufhin er wohl in der Wohnung seiner Mutter verblutete. Von der Gerichtsmedizin Heidelberg wird ein Obduktionsergebnis erwartet. Zur per Bürgervideos dokumentierten Hetzjagd, Folter mit Tränengas und Faustschlägen mit voller Wucht vom Montag vergangener Woche sollen die überführten und eindeutig zuzuordneten Polizisten laut Meldung noch immer nicht festgenommen worden sein. (ale)

### DEUTSCHE FEIERN EINEN SPÄTEN SIEG

Berlin/DW. Das Berliner Stadtgouvernement verbietet das Tragen von sowjetischer Flagge und die öffentliche Benutzung der Buchstaben »V« und »Z«. Zu den Gedenktagen der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Rote Armee am 8. und 9. Mai 2022 wurde in 15 ausgewiesenen Arealen der Stadt Zeichen verboten, die auf Russland verweisen. Selbst zu Hochzeiten des Kalten Krieges war das Zeigen der zeichen nicht-befreundeter Staaten erlaubt. (hes)



## ER IST DEUTSCHER

Er ist kontrovers und gilt auch manchen DW-Lesern als »zu rechts«. Was ihm unter dem Corona-Putsch gelungen ist, ist aller Ehren wert: Der Journalist Jürgen Elsässer hat über die Corona-Lüge aufgeklärt. Die Hefte der *Compact*-Redaktion setzten – neben DW – weltweit journalistische Maßstäbe. Und behielten recht! Im Winter 2021/2022 ging der Publizist Elsässer dann aktiv mit voran: *Impf-Streik.de* und die Montagsspaziergänge – über 2.000 in ganz Deutschland mit Millionen Teilnehmern! Sie entschieden die Schlacht gegen den Impfzwang. Nun hat das super-erfolgreiche Links-Rechts-Urgestein des Journalismus in Deutschland seine Autobiographie veröffentlicht: »Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde.« Erschienen bei *dtw*, 580 Seiten, im Buchhandel und über die *Compact*-Seiten. Ein Beitrag allemal zur Entscheidungsfindung: Was ist echte Demokratie? (ale)




***Demokraten (li.) halten sich mit dem Grundgesetz den Regierungsapparat (rechter Rand) vom Hals.*** *Foto: Sandra Doornbos*

# MELDE IMPFVERWEIGER*INNEN BEIM GESUNDHEITSAMT!

***Sammelte der deutsche Inlandsgeheimdienst über eine Denunziationsplattform Adressen von Ungeimpften?*** | Von Hendrik Sodenkamp

**Spähte der Verfassungsschutz mit Stasi-Methoden die Opposition aus? Klar ist der Geheimdienst aktiver, als es die Stasi technisch sein konnte. Aber so? Auf der denunziatorischen Internetseite www.nichtimpfgegner.in kann jeder Mensch »Impfverweigerer« an die zuständigen Gesundheitsämter melden. Pervers genug. Aber was besonders schockiert: Im Impressum wird als Verantwortlicher der »Bundesservice Telekommunikation« in der Heidelberger Straße 63-64 in Berlin-Treptow angegeben. Eine Scheinbehörde, die als Außenstelle des Verfassungsschutzes enttarnt wurde.**

Der Reihe nach: Die Internetseite kommt satirisch daher, ist aber erstaunlich effektiv. Sie scheint aus der Zeit vor der gescheiterten Zwangsspritzen-Abstimmung im Bundestag am 7. April 2022 zu stammen. Unter dem Motto »Wir gegen Impfgegner*innen – Retten gemeinsam Impfverweiger*innen« wird zunächst vor einer vierten Welle beziehungsweise einer unendlichen Welle gewarnt. Die Verfasser kommen als Sprecher der »besonnenen Mehrheit der Gesellschaft« daher, die das »Exit-Szenario«-Impfpflicht zu sehen meinen.

### SO LUSTIG LIEFERT MAN MENSCHEN DEM STAAT AUS

Als Aufruf folgt dann: »Mit Deiner aktiven Unterstützung – Impfunwillige bequem beispielsweise vom Sofa aus zu melden, kann eine Impflichtdurchsetzung wesentlich effizienter und im Sinne der Mehrheit durchgeführt werden als dies ohne verlässliche Verweigerdaten der Fall wäre. Auf diese Weise können wir möglicherweise sogar den Weg hin zur Normalität verkürzen. Helfe jetzt mit und melde dir bekannte Impfverweiger*innen dem jeweils zuständigen Gesundheitsamt.«

Klickt man dann auf »Jetzt Impfverweiger*in melden« kommt man zu einem Formular, wo man Name und Adresse eingeben kann. Hinzu kommen die Optionen zum Ankreuzen: Person verwendet gefälschte Impf-/Genesenendokumente: Ja oder nein; eine Priorisierungsempfehlung: »Mittel« – Person hat keine Zweitimpfung wegen Zweifeln; »Wichtig« – Person muss vor sich selbst geschützt werden, und »Sehr wichtig« – Person ist im Gesundheitswesen tätig, Person ist in der Pflege tätig oder Person hat viel ungeschützten Menschenkontakt.

Anschließend folgt zum Ankreuzen die Frage zur »Gefahrenstufe« von »Niedrig« (Person ist ein guter Mensch, braucht Aufklärung, besorgt, Angst vor Injektion) über »Mittel« (Schulmedizin ablehnend, Esotheriker*in oder Homöopathiegläubig, harmloser Querdenker, Schwurbler, Mitläufertyp), »Hoch« (möglicherweise gewaltbereit, teilt nationalsozialistisches Gedankengut) bis »Sehr Hoch« (gewaltbereiter Querdenker). – Interessant ist die Gewichtung der »Gefahrenstufe«. Sind Querdenker jetzt schon schlimmer als Hitler?

Hat man alle diese Angaben eingegeben, muss man noch bestätigen, dass man sich bewusst ist, dass »Falschmeldung(en) als Verleumdungen nach §187 StGB geahndet werden können«. Dies zur rechtlichen Absicherung der Seitenbetreiber. Nun kommt man auf eine neue Seite und erhält passend zur Postleitzahl des Denunzierten die E-Mail-Adresse des zuständigen Gesundheitsamtes. Die eingegeben Daten können in diesem Schritt von der Seite gespeichert werden. Als Denunziant erhält man nun ein Anschreiben zum Senden an die Behörde. Dort heißt es, dass man mit diesem Schreiben »als proaktive Amtshilfe Daten zu mir bekannten Impfverweigerern/Impfverweigerinnen zur Verfügung« stellt. Durch die hiermit übermittelten Daten können Sie im Rahmen einer möglichen Impfpflicht noch effizienter handeln, damit Deutschland keine weitere Zeit bei der Bekämpfung dieser Pandemie verliert.«

Am Ende des Schreibens sind die Angaben des Impfverweigerers im sogenannten Base64-Format, also in einem Zeichensalat, verschlüsselt. Eine Überprüfung der Redaktion ergab, dass die Daten des Angezeigten tatsächlich in diesem Zeichensalat in der Mail an die Gesundheitsämter übermittelt werden.

### WER IST DAFÜR VERANTWORTLICH?

Die Seite ist eine voll funktionsfähige Denunziationsplattform. Die Option, dass es sich wegen des krassen und überspitzen Charakters der Seite um eine paradoxe Intervention aus der Demokratiebewegung handeln könnte, fällt somit also weg. Kein Demokrat richtet ein Werkzeug ein, um Menschen, die sich der Spritze verweigern, bei den Behörden anzuschwärzen.

Bleibt noch die Möglichkeit, dass es sich um eine Aktion aus dem Umfeld der Regierungs-Antifa handelt, die hier als Alibi den sogenannten »Bundesservice Telekommunikation« angibt. Hierfür spricht, dass der Inlandsgeheimdienst eine erstaunliche Blödigkeit an den Tag legen würde, eine Fake-Institution zu nennen, die bereits seit Mitte Januar 2022 von der einflussreichen IT-Aktivistin Lilith Wittmann als Geheimdiensteinrichtung enttarnt wurde.

Auf der anderen Seite ist die Funktionsweise der Internetseite sehr professionell. Die Einrichtung der Zuordnung von Postleitzahl des Angezeigten zum zuständigen Gesundheitsamt wird sehr zeitaufwendig gewesen sein. Zwar gibt es eine Funktion auf der Internetseite des RKI, über Postleitzahlen das zuständige Gesundheitsamt zu finden, aber die händische Einarbeitung von rund 8.200 Postleitzahlen in Deutschland stellt einen frenetischen Arbeitsaufwand dar, der bezahlten Geheimdienstmitarbeitern mehr zu Gesichte steht, als einer trinkwütigen Jugendgruppe der Jungen Union.

Eine Presseanfrage des DW, ob der Verfassungsschutz die Internetseite betreibe, beantwortete der Inlandsgeheimdienst nicht. Man wies die Frage mit der Begründung ab, dass die Scheinfirma nicht dem Innenministerium zugeordnet sei. Die Aktivistin Lilith Wittmann hatte einen Zusammenhang der Scheinfirma sowie der Adresse, die im Impressum auftaucht, mit dem Verfassungsschutz, der dem Bundesinnenministerium unterstellt ist, nachgewiesen. Auch Medien wie der Focus berichteten darüber.

Sollte sich der Verdacht erhärten, dass der deutsche Inlandsgeheimdienst über diese Denunziationsseite in eiskalter Stasi-Manier, Namen und Adressen zu ungeimpften Bürgern gesammelt hat, müssen der Chef des Inlandsgeheimdienstes Thomas Haldenwang sowie Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD) umgehend zurücktreten.




*Demokraten haben die Lügen der polit-medialen Kaste endgültig satt.* *Foto: Georgi Belickin*

# Helikopter-Mama als Verteidigungsministerin

***Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick*** | Von Nadine Strotmann

**Die Europäische Union plant neue Maßnahmen zur Überwachung der Bürger, unsere Polit-Marionetten reisen in Scharen ins Kriegsgebiet und unsere Verteidigungsministerin fliegt den Nachwuchs mit Helikopter ein. Ergo: eine völlig normale Woche in der Irrenanstalt Deutschland.**

Während sich in vielen Ländern eine mediale als auch reale Corona-Maßnahmen-Pause breit macht, die Menschen wieder für kurze Zeit ein normales Leben genießen und sich selbst in Deutschland wieder ohne Maske beim Einkaufen anlächeln dürfen, geht die globale Hygiene-Diktatur hinter den Kulissen des Ukraine-Krieges weiter. Gut gelaunt präsentierte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (EU), kürzlich das neue digitale Covid-Zertifikat, mit dem es ab 1. Juli 2022 möglich sein soll, »sicher koordiniert« in Europa zu reisen. Jeder, ob geimpft, getestet oder genesen, wird damit digital erfasst und muss sich dem Kontroll-Diktat unterwerfen. Doch damit nicht genug. Von der Leyen und ihre geheimen Auftraggeber haben einen weiteren Gesetzentwurf veröffentlicht, mit dem es möglich sein soll, Chatnachrichten aller Bürger mit Hilfe von künstlicher Intelligenz nach kinderpornografischen Inhalten zu durchsuchen. Der Chaos Computer Club schreibt dazu auf der eigenen Internetseite: »Das massenhafte Scannen greift nicht nur vertrauliche Kommunikation an ihren Grundfesten an, sondern wäre obendrein unwirksam: Kriminelle nutzen bereits heute Verbreitungswege, die von diesen Scans nicht betroffen wären und werden auch in Zukunft den Scans leicht entgehen.« Ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, sind die Möglichkeiten der Bürgerüberwachung grenzenlos. Das kann niemand wirklich wollen.

### WHO-ERMÄCHTIGUNG ALS EINSTIEG IN ZENTRALREGIERUNG?

Eine weitere mediale Schreckensmeldung bezieht sich auf die künftige Zusammenarbeit von der EU und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Laut www.norberthaering.de arbeiten diese gemeinsam mit weiteren WHO-Mitgliedstaaten an einem globalen Pandemie-Vertrag. Dieser beinhaltet die Ermächtigung der WHO gegenüber den Interessen der Nationalstaaten im Fall von globalen Gesundheitsbedrohungen. So könnte die WHO zukünftig Maßnahmen ohne Rücksicht auf nationale Gesetze und Bestimmungen verhängen.

Staaten, die sich nicht dem Vertrag anschließen, könnten auch mit Sanktionen belegt werden. Wie leicht eine grippeähnliche Virus-Erkrankung wie Corona zu einem weltweiten Killervirus vermarktet und zur Entrechtung der Menschen missbraucht werden kann, erleben wir aktuell. Die Idee einer neuen Weltordnung inklusive privater Zentralregierung ohne demokratische Legitimation nimmt offensichtlich immer mehr Gestalt an.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

# KEINE RETTUNG FÜR SYSTEMERHALTER

***Die Menschenrechte versinken gemeinsam mit der Meinungsvielfalt.***
Ein KOMMENTAR von Sophia-Maria Antonulas

**»Was ist Mut und wie zeigt sich mutiges Handeln?« So beginnt der Newsletter, den ich diese Tage in meinem E-Mail-Posteingag fand. Es handelte sich um die Einladung zu einem Termin mit Carola Rackete. Wie wenig mutig die Veranstalter sind, ließ sich schon in der vierten Zeile feststellen: Der Talk fand digital, also via Video-Konferenz, statt.**

Als tapfere Kapitänin war Rackete einst bekannt geworden, weil sie Menschen vor dem Tod rettete, die, in Hoffnung auf ein besseres Leben, mit zu kleinen Booten im Mittelmeer umhertrieben. Doch seit der willkürlichen Aussetzung vieler Grund- und Menschenrechte durch unwissenschaftliche Corona-Maßnahmen war von der Retterin nichts mehr zu hören. Auch zur Diskriminierung von Ungeimpften äußerte sie sich nicht. Laut der E-Mail-Ankündigung wolle Rackete jetzt »ihren Aktivismus auf den Naturschutz und die Verbindung zwischen Klima- und Antirassismusfragen« konzentrieren.

Experten schätzen, dass weltweit aufgrund der Corona-Maßnahmen rund 100 Millionen mehr Menschen in Armut leben. Auch die Ungleichheit ist gestiegen – die Superreichen wurden dank der Corona-Krise noch reicher. Ein Rettungseinsatz, der Rackete besser zu Gesicht stünde, wäre also, ihren Aktivismus auf den Schutz der Menschenrechte und die Verbindung zwischen der wachsenden Ungleichheit und den globalen Organisationen zu konzentrieren. Schließlich hat sie auch ein Buch mit dem Titel »Handeln statt Hoffen« verfasst. Aber vielleicht hat die Kapitänin ihren Mut beim Schreiben verloren.

### WER NOCH NIE MUT HATTE, KANN IHN AUCH NICHT VERLIEREN

Durch Zwangsgebühren finanzierte Medienmitarbeiter beklagen auf der Website meinungsvielfalt.jetzt anonym (!), wie furchtbar es seit zwei Jahren doch sei, bei öffentlich-rechtlichen Sendern zu arbeiten. Jetzt, im Frühjahr 2022, erklären sie, wie sehr sie darunter leiden müssten, dass sie noch einseitiger berichten, Menschen beschimpfen, die Spaltung schüren, Lügen verbreiten und immer dieselben selbst ernannten Experten befragen.

Aber keine Sorge, von diesen systemtreuen Sendungsmachern ist kein Aufbäumen zu befürchten. Schließlich wollen sie alle ihre Jobs behalten. Denn die Beiträge auf der Klage-Website, die so tut, als würde es um Meinungsvielfalt gehen, sind alle anonym. Die Autoren fordern nicht wirklich eine Veränderung. Das ganze dient nur der psychischen Hygiene der um Abbitte heischenden Medienschaffenden. Beim Durchforsten der Beiträge findet der Leser viel Selbstmitleid – das Wichtigste bleibt außen vor: Kein einziger Medienmitarbeiter verspricht Besserung. In nicht einem Klageschreiben bittet der Verfasser die Zuschauer, deren Gebühren schließlich für seinen Lebensunterhalt sorgen, um Verzeihung. Bei den vielen tendenziösen TV- und Radiosendungen, die die Intelligenz der Menschen, die sich seit über zwei Jahren für die Grundrechte einsetzen und massivsten Repressionen ausgesetzt sind, schwer beleidigen, wäre genau das dringend notwendig.

Aber die Systemtreuen arbeiten weiter gegen die letzten Reste ihrer Überzeugung sowie die journalistische Sorgfaltspflicht an und machen Propaganda statt Journalismus. Keine weiteren Aktionen zeichnen sich ab – weder ein Streik, noch kritische Äußerungen in Live-Übertragungen oder Demonstrationen vor den eigenen Rundfunkanstalten. Alles zu unbequem. Diese namen- und gesichtslosen Mitarbeiter der Öffentlich-Rechtlichen möchten einfach nur jammern und zeigen damit sehr deutlich, dass sie systemerhaltend bleiben. Und noch etwas ist klar zu sehen: Was Mut ist, wissen sie nicht.

# RECHTSWIDRIGE DULDUNGSPFLICHT?

**KOLUMNE RECHTSSTAAT**
***von Markus Haintz***

**Wir vertreten derzeit einen Mandanten, der Hauptfeldwebel bei der Bundeswehr ist und sich als topfitter junger Mann aus naheliegenden Gründen nicht gegen Covid-19 »impfen« lassen möchte. Wegen dieser persönlichen und gut begründeten Entscheidung wurden aufgrund der bei der Bundeswehr geltenden Duldungspflicht in Bezug auf die Verabreichung der Covid-19-Injektionen eine ganze Reihe von Verfahren in Gang gesetzt.**

Unser Mandant sieht sich nun unter anderem sowohl strafrechtlichen Vorwürfen in Form der sogenannten Gehorsamsverweigerung gegenüber als auch disziplinarrechtlichen. Während bei Letzteren die eingelegte Beschwerde vom Dienstvorgesetzten ohne wirkliche Begründung zurückgewiesen wurde, stieß unsere in der Folge eingelegte weitere Beschwerde zum Truppendienstgericht, in der wir unter anderem unter Beilegung von über 1.000 wissenschaftlichen Berichten betreffend die Schädlichkeit der Covid-19-Injektionen die Aussetzung der Vollziehung der Disziplinarbuße in Höhe von 1.500 Euro beantragt haben, beim vorsitzenden Richter auf offene Ohren.

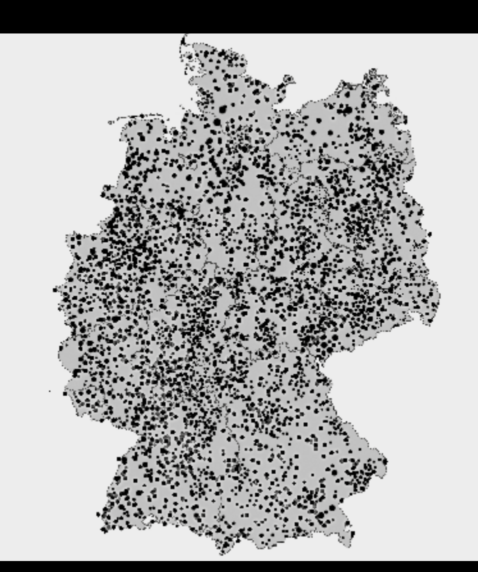
Dieser äußerte in einer vorläufigen Einschätzung vorsichtig, dass die Duldungspflicht bezüglich Corona-Impfungen aus seiner Sicht rechtswidrig sein könnte und gab nun unserem Aussetzungsantrag statt, sodass unser Mandant bis zu einer endgültigen Entscheidung nicht mit einem Vollzug der Disziplinarbuße rechnen muss.

Dieses Vorgehen ist ungewöhnlich, da grundsätzlich – unter »normalen« Bedingungen – kein Rechtsschutzbedürfnis für eine derartige Aussetzung besteht, da rechtsfehlerhaft eingezogene Disziplinarbußen von Gesetzes wegen zurückzuzahlen sind. Der vorsitzende Richter hielt dieses Vorgehen aber im vorliegenden Fall nicht für vertretbar und sah darin eine unzulässige Härte gegeben, sodass die Geldbuße nun vorerst nicht einbehalten werden darf, was ein starkes Signal ist. Der vorsitzende Richter nimmt zudem seine Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung ernst, was wir in Bezug auf »Corona-Themen« in den letzten zwei Jahren so noch nicht erlebt haben.

Im weiteren Verlauf soll nun ein umfassender Fragenkatalog zu Risiken und Nutzen der Covid-19-Injektionen an den Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr gerichtet werden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

# Netzwerk



*Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.*

## IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

**MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG**

AHRENSBÖK,18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwisterscholl Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr/Ecke Markt



## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| Termin | Ort |
|---|---|
| 14.5.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße (Umzug) |
| 14.5.2022 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt (Umzug und Kundgebung) |
| 14.5.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz (Versammlung und Umzug ) |
| 14.5.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz (Zusammenkunft) |
| 14.5.2022 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz (Demo) |
| 14.5.2022 15:30-20 Uhr | Essen, Willy-Brand-Platz (Offenes Mikrophon ) |
| 14.5.2022 14-17 Uhr | Fulda, Am Bahnhof (Demo) |
| 14.5.2022 18-20 Uhr | Greiz, Brunnen vor dem Rathaus (Demo) |
| 14.5.2022 14-18 Uhr | Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule (Autokorso) |
| 14.5.2022 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße (Aufzug) |
| 14.5.2022 15:30-18 Uhr | Kassel, Königsplatz (Demo) |
| 14.5.2022 18-20 Uhr | Kirchen, Sieg, Rathaus (Spaziergang) |
| 14.5.2022 15-17 Uhr | Krumbach, Schwaben, Stadtgarten (Spaziergang) |
| 14.5.2022 14-17 Uhr | Offenburg, Geroldsecker Str. 43 (Umzug) |
| 14.5.2022 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz (Spaziergang) |
| 15.5.2022 14-17 Uhr | Baden-Baden, Augustaplatz (Kundgebung und Umzug) |
| 15.5.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle (Gottesdienst) |
| 15.5.2022 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt (Kundgebung) |
| 16.5.2022 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Anklam, Marktplatz am Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Auerbach, Altmarkt (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte des Spaziergangs (bf-schwaben.de) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz (Offenes Mikrofon) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-22 Uhr | Bad-Kreuznach, Kornmarkt (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-10.1.2022 | Bamberg, Bahnhof (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-20:30 Uhr | Bayreuth, Rathaus (Kundgebung) |
| 16.5.2022 12-14 Uhr | Berlin, Nordufer 20 (Mahnwache) |
| 16.5.2022 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke (Spaziergang) |
| 16.5.2022 17.15-19.15 Uhr | Berlin-Weissensee, Antonplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Berchtesgaden, Rathausplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz (Abendläuten) |
| 16.5.2022 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. (Aufzug mit Abschlusskundgebung) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz, Bhf. (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche (Lichterspaziergang) |
| 16.5.2022 17-21 Uhr | Darmstadt, Friedensplatz (Mahnwache) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Dettingen/Erms, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 17:30-19 Uhr | Dresden-Löbtau, Conertplatz (Montagsdemo) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz (Kundgebung) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Erfurt, Lutherdenkmal, Anger (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18.30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz (Versammlung) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Greifswald, Mühlentor (Demo) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Kirchheim bei München, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Königswinter/NRW, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz (Demo) |
| 16.5.2022 18-21 Uhr | Mainz, Ernst Ludwig (Schilderlauf) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-21 Uhr | Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Oettingen, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz (Kundgebung) |
| 16.5.2022 17:30-20 Uhr | Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Papenburg, Antoniuskirche (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum (Mahnwache) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.202218-20 Uhr | Rennerod, Hubertusplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Rottweil, Markt (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus (Demo) |
| 16.5.2022 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung (Spaziergang) |
| 16.5.2022 17-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz (Montagsdemo) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus (Spaziergang) |
| 16.5.2022 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche (Demo) |
| 16.5.2022 18-20 Uhr | Wismar, Markt (Versammlung) |
| 16.5.2022 18:30-20 Uhr | Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße (Spaziergang) |
| 16.5.2022 19-21:30 Uhr | Zehdenick/Brandenburg, Marktplatz (Demo und Kundgebung) |
| 16.5.202218-19:30 Uhr | Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé (Montagsdemo) |
| 17.5.2022 16:30-18:00 Uhr | Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße (Schilderaktion) |
| 17.5.2022 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus (Spaziergang) |
| 17.5.2022 18-19 Uhr | Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug (Spaziergang) |
| 17.5.2022 18-19 Uhr | Vechelde, Rathaus (Spaziergang) |
| 17.5.2022 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 (Spaziergang) |
| 18.5.2022 19-21 Uhr | Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz (Angemeldeter Spaziergang) |
| 18.5.2022 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus (Spaziergang) |
| 18.5.2022 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage (Demo) |
| 18.5.2022 18-20 Uhr | Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus (Spaziergang) |
| 18.5.2022 17-19 Uhr | Landshut, Martinskirche (Andacht) |
| 18.5.2022 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte (Demo) |
| 18.5.2022 17:30-20 Uhr | München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf (Shoppen gehen) |
| 18.5.2022 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße (Treffen) |
| 18.5.2022 17:30-19 Uhr | Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus (Spaziergang) |
| 19.5.2022 16-18 Uhr | Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße (Nachbarschaftsdialog) |
| 19.5.2022 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz (Mahnwache) |
| 19.5.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus (Spaziergang) |
| 19.5.2022 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt (Spaziergang) |
| 19.5.2022 18-19 Uhr | Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof (Versammlung) |
| 20.5.2022 16-19 Uhr | Bargteheide, Markt/Stadtpark (Mahnwache) |
| 20.5.2022 18-21 Uhr | Henningsdorf, Postplatz (Demo) |
| 20.5.2022 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz (Demo) |
| 21.5.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße (Umzug) |
| 21.5.2022 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt (Umzug und Kundgebung) |
| 21.5.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz (Umzug und Demo) |
| 21.5.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz (Zusammenkunft) |
| 21.5.2022 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz (Grundrechtsdemo) |
| 21.5.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge (Demoaufzug) |
| 21.5.2022 14-17 Uhr | Fulda, Universitätsplatz (Demo) |
| 21.5.2022 18-20 Uhr | Greiz, Brunnen vor dem Rathaus (Demo) |
| 21.5.2022 18-20 Uhr | Kirchen/Sieg), Rathaus (Spaziergang) |
| 21.5.2022 15:15-17 Uhr | Krumbach /Schwaben, Stadtgarten (Spaziergang) |
| 21.5.2022 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz (Demo) |
| 21.5.2022 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz (Spaziergang) |
| 22.5.2022 14-17 Uhr | Baden-Baden, Augustaplatz (Kundgebung und Umzug) |
| 22.5.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle (Gottesdienst) |
| 22.5.2022 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt (Kundgebung) |
| 22.5.2022 17-20 Uhr | Moormerland/Leer, Zur alten Kirche (Spaziergang) |
| 28.5.2022 15-18 Uhr | Bochum, Dr.-Ruer-Platz (Umzug und Kundgebung) |
| 29.5.222 14-19 Uhr | Solingen, Bahnstr. Am Bahnhofsplatz (Großdemo) |
| 25.6.2022 14-20 Uhr | Frankfurt, Grüneburgpark (GROSSDEMO) |
| 30.7.2022 13-20 Uhr | Berlin (GROSSDEMO) |

**Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.**
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**



## WO STEHEN WIR?

### KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

**Am 28. April 2022 durfte ich als Vertreter unseres Vereins der mündlichen Verhandlung von Michael Fritsch vor dem Verwaltungsgericht in Hannover beiwohnen. Über den Verlauf und Ausgang der Sitzung wurde bereits zur Genüge berichtet, daher möchte ich meine Eindrücke um das »Drumherum« schildern.**

Mit viel Glück ergatterte ich einen der wenigen Plätze, die dem gemeinen Volk vorenthalten waren, wie man so schön sagt. Waren auf dem Weg dorthin doch einige Hürden zu nehmen.

Obwohl die Pressemitteilung anders lautete, konnten »interessierte Zuhörer« im Vorfeld doch keinen Platz per E-Mail reservieren, sondern nur Pressevertreter. Also nahm ich die einfache Wegstrecke von 500 Kilometer mit leichtem Unbehagen auf mich.

Am Eingang des Gerichts dann die nächste Überraschung: Zutritt nur mit 3G! Was war mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Verhandlung passiert? Naja, schnell im nahegelegenen Hotel noch testen lassen, danach mit negativem Ergebnis und FFP2-Maske im Gesicht durch auf die Sicherheitsschleuse und auf den Boden aufgebrachten Pfeilen zielgerichtet zum Gerichtssaal. Dem ausgeprägten Hygienekonzept geschuldet, standen darin lediglich 15 Zuhörerstühle, wobei neun davon bereits für die Presse geblockt waren.

Soweit ich wahrnahm, ausschließlich *Mainstream*. Großes Erstaunen bei mir dann, nachdem der vorsitzende Richter in seiner Ansprache es den Zuhörern gestattete, ihre Masken am Platz während der Verhandlung abzunehmen. Ich war neben den Prozessbeteiligten (mit Ausnahme einer der beiden Juristinnen der Klägerseite) der Einzige, der unvermummt dasaß.

Dies, obwohl die Stühle in etwa 1,5 Meter Abstand zueinander standen und der Vorsitzende darauf hinwies, dass der Saal mit einer guten Lüftungsanlage ausgestattet sei und durch die offenen Fenster ständig gelüftet werde.

Mein Resümee: Die sogenannten Qualitätsmedien denken nicht im Entferntesten daran, ihr wahres Gesicht zu zeigen, sie werden diesen kulthaften Irrsinn weiterhin aufrechterhalten, den Pressekodex ignorieren und am Medienstaatsvertrag vorbeiberichten.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

# »Ich nehme es als eine Übung«

INTERVIEW ***über die Kraft des guten Arguments.***

**DW: Herr Dr. Martin, Sie sind Doktor der Biochemie, Arzt und nicht gegen Corona geimpft. Wie wehren Sie sich gegen den Impfzwang?**

Dr. Martin: Mein Argument ist der fehlende Fremdschutz, der als Grund für die Verpflichtung im Gesundheitswesen im Gesetzentwurf steht. Sowohl aus der Literatur als auch in der Praxis erlebe ich mit eigenen Augen, dass die Covid-Impfung weder einen Schutz vor Infektion noch einen Fremdschutz bietet. Daher ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht geeignet, um die vulnerablen Gruppen zu schützen. Ich selbst hatte bereits Covid und lasse mich täglich testen - zum Schutz der gefährdeten Gruppen. Ich bin für die individuelle Risiko- und Nutzen-Abwägung bei der Impfung.

**Mit welcher Haltung sind Sie zu diesem sogenannten Beratungsgespräch gegangen, das man ihnen und anderen Mitarbeitern im Gesundheitswesen aufnötigte?**

Ich war absolut offen, aber vor allem sehr gespannt, wie das Betretungsverbot begründet wird - mit dieser Impfung, die nicht leisten kann, was uns versprochen wurde. Das Beratungsgespräch selber empfand ich als eine gute Übung für die mögliche spätere Anhörung beim Gesundheitsamt. Eine Ärztin und zwei Mitarbeiter des Gesundheitsamtes saßen mir gegenüber. Ich war sicher, dass an meinem Argument mit dem fehlenden Fremdschutz kein Weg vorbeiführt. Mein Ziel ist es, dies alles auf eine klinische Ebene zu bringen. Somit kann man die Daten und Fakten nicht einfach ignorieren. Ich habe viel Arbeit investiert und daher habe ich eine erfolgsversprechende Grundlage für meine Argumentation.

**Wird das Gesundheitsamt mit derartigen Gesprächen jemanden überzeugen können?**

Bei Leuten wie mir, die die Impfung aus sachlichen und ethischen Gründen ablehnen, sind die Erfolgschancen meiner Meinung nach bei Null – eben wegen des fehlenden Fremdschutzes. Aber ist es überhaupt deren Ziel, jemanden zu überzeugen? Ich rate jedem, der betroffen ist, zum Beratungsgespräch zu gehen. Ich habe dieses Angebot dankend angenommen, denn ich denke, dass man dadurch eine bessere Position gegenüber dem Gesundheitsamt haben wird, sollte es dort zur Anhörung kommen. Auch lohnt es sich meiner Meinung nach auf jeden Fall, dort eigene Bedenken anzusprechen.




*Gut gelaunte Demonstranten wissen: »Mein Körper gehört mir.«* *Foto: Georgi Belickin*

**Wie wird es jetzt für Sie weiter gehen?**

Ich habe meine Beratungsbestätigung und eine persönliche Stellungnahme beim Gesundheitsamt abgegeben und warte nun auf Rückmeldung. Das ist alles Neuland und daher sehr spannend. Es könnte ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden. Ich persönlich würde mich über das persönliche Gespräch beim Gesundheitsamt sehr freuen.

**Warum? Ihnen droht Strafe und Berufsverbot.**

Weil ich wissen möchte, wie mir der Fremdschutz erläutert wird. Ich sehe diesen in der Praxis nicht. Ich glaube daher nicht, dass ein Betretungsverbot begründet werden kann. Und wenn wider Erwarten doch, dann haben wir uns tatsächlich von Daten und Fakten abgekoppelt.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

*Die Fragen stellte Maria Pia de Vos.*

# FREIHEIT STATT BLUMEN

***Freie Impfentscheidung – Ja! Freie Abtreibungsentscheidung – Nein?***

Ein KOMMENTAR von Anke Behrend

**Am vergangenen Sonntag feierte man in Deutschland den Muttertag, einen Tag mit brauner Vergangenheit, von den Nazis im völkischen Herrenrassenwahn verklärt, der noch heute neben dem aufrichtigen Dank an die Mütter einen biologistischen Beigeschmack hat.**

Ausgerechnet eine Woche vor dem Muttertag wurde bekannt, dass das US-amerikanische oberste Gericht das landesweite Recht auf Abtreibung kippen könnte, um es in die Verantwortung der Bundesstaaten zu legen. Erwartungsgemäß protestierte das linke Spektrum in den USA und in Deutschland, wo immerhin der Paragraph 219a, das sogenannte Werbeverbot für Abtreibung, das faktisch ein Informationsverbot darstellt, demnächst fallen könnte. Und so flammt pünktlich zum Muttertag eine Debatte wieder auf, die im Lichte der Freiheitsbewegung alte Gräben und Grundsatzfragen aufbrechen lässt.

Was bei Männern gar kein Thema ist, wird bei Frauen zum Politikum: Eine Frau, die keine Kinder will und dies offen kommuniziert, scheint in Deutschland noch immer eines der größten Tabus zu sein. Sofort fühlen Eltern sich in ihrem Lebensentwurf angegriffen. Warum eigentlich? Familie und Kinder können großes Glück bedeuten, aber in einigen Fällen bedeuten sie das Gegenteil. Familienleben ist nicht nur idyllisch. Gewalt gegen Frauen und Kinder findet hauptsächlich in der eigenen Familie statt. Das ist Realität. Und hatten wir nicht die Orientierung an der Realität gefordert?

### MY BODY, MY CHOICE

Anna Schneider, *Welt*-Chefreporterin, bekannte sich mit drastischen Worten zu ihrer gewollten Kinderlosigkeit und kassierte erwartungsgemäß eine Welle der Empörung. Erstaunlicherweise waren genau die Leute vorn dabei, die man soeben noch beim Kampf gegen die Impfpflicht in der ersten Reihe zu sehen bekam mit Schildern für Freiheit und Selbstbestimmung, gelegentlich sogar mit dem feministischen Slogan »Mein Körper gehört mir«.

In den zwei Jahren Freiheitsbewegung hatte sich eine breite Koalition aus Menschen jeglicher politischer Couleur gebildet. Viele von ihnen hatten sich bis dahin nicht hervorgetan im Kampf um Frauenrechte. Und genau diese fallen nun hinter ihre Forderungen nach körperlicher Selbstbestimmung zurück, wenn es um die Rechte von Frauen geht. Wieder einmal ist »die Frau« und ihr Körper gesellschaftliche Verfügungsmasse, ihre Rechte stehen zur Disposition und werden ausgespielt gegen die Rechte des Ungeborenen – eine Situation, in die kein Mann je kommen wird und die er nicht im Ansatz nachvollziehen kann.

Erstaunlich ist hierbei, dass die Verfechter der Frauenrechte – das linke Spektrum – nahezu einmütig für die Impfpflicht stand und die körperliche Selbstbestimmung negierte, während Teile des konservativen Lagers für freie Entscheidung stehen und in Sachen Frauenrechte nun die gegenteilige Position einnehmen. Diese Schere im Kopf konnte man in Teilen der Widerstandsbewegung von Beginn an beobachten. Vor allem Männer, denn es sind mehrheitlich Männer, die im Widerstand zu Wort kommen, machten im Zuge der »Pandemie« ihre biedermeierlichen Ansichten zur Rolle der Frau als Mutter zum Thema.

Von der glücklichen Mutti und dem kleinen Mariechen, über teils berechtigte Kritik an der Ausgestaltung von Kinderbetreuung und Schulsystem, bis hin zu Einlassungen, wie Frauen zu gebären und ihre Schwangerschaft zu gestalten haben, reichte die Palette der impliziten Bevormundungen. Über die Rolle der Väter war nichts zu hören.

### WIDERSPRÜCHLICHE WERTVORSTELLUNGEN

Im konservativen Lager hört die Freiheit des Menschen immer noch dort auf, wo die geschlechtsspezifische Freiheit von Frauen anfängt. Aber niemand hat das Recht, einem Menschen vorzuschreiben, was er mit seinem Körper und seiner Lebensplanung anfängt. Egal, ob es dabei um eine medizinische Behandlung oder eine Abtreibung geht. Und ja, bei einer Abtreibung ist es eine Entscheidung mit anderer Tragweite. Es ist die Abwägung zwischen zwei Rechten. Ich halte es da mit Anna Schneider, die in ihrem Artikel in der *Welt* schreibt: »Der Wert des Ungeborenen kann niemals den Wert der Geborenen übertrumpfen.«

Und das bedeutet nicht, dass Eltern und Mütter sich von Menschen mit anderen Lebensentwürfen angegriffen fühlen müssen. Es ist doch wunderbar, dass heute jede und jeder frei leben kann mit oder ohne Kinder und bitte ohne Hass auf Menschen, die nicht dem Ideal der Mehrheit folgen. Frauen und Mütter brauchen gleiche Rechte, soziale Sicherheit, die Möglichkeit zu arbeiten und Kinderbetreuung, wenn sie das wollen, sie brauchen Väter, die den Kindesunterhalt zahlen, sofern die Eltern geschieden sind, und vieles andere mehr. Was sie nicht brauchen, sind wohlfeile Ratschläge und Fremdbestimmung.



Anke Behrend ist TV-Profi, Autorin und Redakteurin dieser Wochenzeitung.

# Zwischen Bytes und Bibel

***Oder »Anscheinend darf man das Spielfeld nicht eigenständig verlassen«*** | Von Hannes Henkelmann

**In Hamburg treffe ich Herrn Sander. Wir sprechen über die NSA und Nahtoderfahrungen sowie über Hegel, die Offenbarung und den *YouTube*-Such-Algorithmus.**



*Der Blick in den Youtube-Kaninchenbau veränderte sein Leben.* *Foto: Hannes Henkelmann*

**Stellen Sie sich doch bitte vor!**
Mein Name ist Thomas Sander, ich bin 39 Jahre alt und Vater eines achtjährigen Sohnes. Seit 15 Jahren arbeite ich als Softwareentwickler und nebenbei habe ich in Verschwörungstheorie promoviert. ;-)

**Wie kam es denn zu Ihren Studien?**
Nachdem ich zwei Jahre in der IT-Branche gearbeitet hatte, brachte mir die Aussicht auf weitere 30 Jahre keine Erfüllung. Ich brauchte noch eine interessante Leidenschaft. Diese kam 2009 in Form von ersten Büchern zu mir. Zu nennen wären, »Vatikan AG« von Renato Dardozzi und »Ego« von Frank Schirrmmacher. Ich hatte mich bis dato wenig bis gar nicht für Politik interessiert, aber diese Bücher fesselten mich, sie zeigten Missstände auf, die von unseren Leitmedien ausgeklammert wurden. Dann entdeckte ich den Whistleblower Edward Snowden. Ich realisierte, dass die NSA alles an Daten sammelt und speichert, um sie in der Zukunft mithilfe von stärkeren Computern und KI gegen die Bevölkerung zu verwenden. Das ließ mich zweifelsohne konstatieren, dass die Regierungen maximales Wissen und Kontrolle über ihre Bürger haben möchten. Das war ein Schock.

**Wie ging es weiter?**
Mit noch breiterer Recherche. Diese ergab, dass wir in allen Bereichen des Lebens getäuscht und betrogen werden. Beispiele: Fiat-Money, Pharma-Lobby et cetera. Alles wurde nun von mir auf den Prüfstand gestellt und neu bewertet. 9/11 und die darauffolgenden Kriege. Aber auch zeitlich ältere Ereignisse wurden hinterfragt und neu bewertet.

**Wie sind Sie mit dem neuen Wissen umgegangen?**
Getrennt von meinem beruflichen und auch privaten Leben habe ich die Fülle an Informationen erst mal für mich alleine verarbeiten müssen. Es gab zu diesem Zeitpunkt leider keine Möglichkeit, meine neuen Erkenntnisse mit Freunden oder Familie zu teilen. Meine Rettung war, so blöd wie es auch klingt, der damalige Youtube-Such-Algorithmus.

**Das müssen Sie näher erklären!**
Da ich mit Sicherheit nicht der Einzige war, der abends unter der Bettdecke mit dem PC recherchierte, schlug mir Youtube-Videos vor, die von Nutzern mit ähnlichen Interessen aufgerufen worden waren. So entdeckte ich helle Seiten, utopische Lösungen und verblüffende Wahrheiten. Ich stellte fest, dass uns auch eine ganze Batterie von Lösungen vorenthalten wurde. Im Zuge dessen begann ich, mich mit den großen Sinnfragen auseinanderzusetzen. Und mit der Philosophie stolperte ich auch über die Physik, wobei das Doppelspaltexperiment für mich der größte Einschnitt war.

**Beschreiben Sie doch kurz das Experiment!**
Es ist ein alter Versuch (1802), der die Wellennatur des Lichtes aufzeigt. Als die Wissenschaftler versuchten, ihre Beobachtungen zu messen, mussten sie überrascht feststellen, dass die Messung zu einem anderen Ergebnis kam. Spektakulär. Das zeigte eindeutig den Einfluss eines Menschen auf unsere Umwelt, und es war der Beweis, dass unsere materialistische, mechanische Weltansicht falsch ist. Einige Physiker haben versucht diese Ansichten und den menschlichen Einfluss mit in unsere Physik aufzunehmen, nur leider war das nicht gewünscht. Mir zeigte das Experiment, dass die Menschen kein Zellhaufen mit Verstand, sondern Mitspieler sind, die diese Welt mitgestalten können.

**Spannend. Wie gingen Ihre Forschungen weiter?**
Für mich haben sich durch dieses Experiment die Begrifflichkeiten Körper, Geist und Seele auch in der Physik widergespiegelt. Ich wurde mir meines Daseins bewusst und fing an, mich auch mit dem Tod auseinanderzusetzen. Meine Erkenntnis: Menschen mit Nahtoderfahrung berichteten unisono über ähnlich schöne und aufregende Abläufe. Nur die Nahtoderfahrungen nach gescheiterten Suiziden waren meist negativ. Anscheinend darf man das Spielfeld nicht eigenständig verlassen.

**Wie gehen Sie mit den großen Veränderungen der letzten Jahre um?**
Es ist eigentlich wie immer. Hegel lässt grüßen: Aktion, Reaktion und Lösung. Alles rund um Corona war von Anfang an widersprüchlich und ist Angstmacherei. Und ich wundere mich, dass die Deutschen diesen Wahnsinn mitmachen. Sie zeigen schon ein sektenartiges oder religiöses Verhalten. Und als Lösung stand dann die Impfung schon nach einem Jahr bereit.

Aber mit Angst ist es ja möglich, Menschen in jede gewünschte Richtung zu treiben. Das beziehe ich auch auf alle momentanen Probleme wie den Ukraine-Konflikt oder den Klimawandel. Alles Endzeit-Prophezeiungen.

**Glauben Sie an Prophezeiungen wie sie in der Bibel stehen?**
Nein, auf keinen Fall. Die Bibel ist von Menschen für Menschen geschrieben und zigmal geändert worden. Wenn man will, kann man sich heute in der Offenbarung wiederfinden, aber vielleicht ist es ja auch genau andersherum.

Man arbeitet gerade die Bibel ab, um solche Endzeit-Prophezeiungen zu erzeugen. Denn Religionen waren schon immer ein gutes Instrument, um Menschen zu kontrollieren.




# Briefe an die Redaktion

ZU »EINE WÄHRUNG, SIE ZU KNECHTEN« IN DW N° 88

Ich kann dem Autor des oben genannten Artikels nicht zustimmen und übermittle Ihnen meine Sichtweise: Das, was hier geschildert wird, liest sich gut, doch bei einigem Überlegen sind die Schwachstellen erkennbar wie alles, was man über Server abwickelt: Man wird sie suchen und finden, schaltet sie ab und futsch ist all das Vermögen. Besser wäre es, wenn man nur noch gegen Naturalien arbeitet und das, was man nicht kurzfristig verbrauchen kann, gegen anderes tauscht, was man braucht und verwerten kann. Und wichtig: Arbeite nicht für »Bankster«, denn er soll die »Ohnmacht« seiner zwei linken Hände spüren. Es gibt sogar einen noch radikaleren Weg: Mehrfach sanktioniert, droht dir ohnehin das Schicksal des Verhungerns, warum den Tod nicht gleich vorziehen? Geld auf Banken hat an sich nur den Wert, den man ihm zumisst, und nur so kann der Bankster über seine Bank dich ausbeuten. Wer dem Bankster zeigt, was man von seinem Geld hält, und den Tod vorzieht, der kann – wenn auch nicht mehr persönlich – ihn unter Druck setzen, wenn es nur genügend Mutige wagen. Bankster und ihre Knechte – die Kaufleute brauchen den Handwerker und Arbeiter mehr als wir sie, und das erkennen sie erst, wenn alle Räder stillstehen. Wenn es danach je wieder Geld geben sollte, dann darf es nie wieder den Wert einer Ware bestimmen, denn die Ware hat ihren Preis, der von deiner Arbeitskraft bestimmt wird und nicht vom Geld. Gib dem Bankster sein eigenes Geld zum Essen, auf dass er davon satt werde!
– Andreas

ZU »DIE ÜBERWINDUNG DES MENSCHEN« IN DW N° 84

Dieser Artikel von Werner Köhne ist mit so vielen Schachtelsätzen, Fremdwörtern und hochintellektuellen Beschreibungen verfasst, dass man ihn nicht versteht. Gleich am Anfang ist ein Satz 56 Worte lang! Bitte denken Sie auch an den ganz normal gebildeten Leser, der Ihre Zeitung gekauft hat und sie auch verstehen will. Es ist nicht jeder ein Philosoph! Mit freundlichem Gruß
– Eckhard F., Uhlstädt-Kirchhasel

ZU »ZWANGSFINANZIERTE FAKE-NEWS« IN DW N° 82

Der oben bezeichnete Artikel von Markus Fiedler ist grandios! Mir fällt dazu nichts mehr ein. Das ist Mord, zumindest versuchter Mord. Dazu bin ich allerdings zu sehr juristischer Laie. Ich verfolge die Artikel von Markus Fiedler schon seit einem Jahr, da ist einer besser als der andere.
– Manfred F., München

INNERES FEST

Hervorragend, Ihre kulturgeschichtliche Perspektive. Schampus für mein Hirn! Tausend Dank. Weiter so! Das Regime wird fallen.
– Peter Thomas K., Hannover

**AUF DEM SCHIRM**
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

# Wer stoppt Macron?

***Nach den kommenden Parlamentswahlen will ein linkes Bündnis dem wiedergewählten Präsidenten Macron das Regieren schwer machen.*** | Von Hermann Ploppa

**Der politische Meister-Intrigant Emmanuel Macron hat es wieder geschafft. Er ist für weitere fünf Jahre Präsident von 65 Millionen Franzosen geworden. Was für ein Programm Macron vertritt, ist nicht offenbar. Denn der gewiefte Profi-Politiker stand in der Stichwahl einer Herausforderin gegenüber, die die meisten wahlberechtigten Franzosen nun partout nicht vor die Nase gesetzt bekommen wollten. Es gab keine echte Alternative bei diesem *Finish*.**

Von Macron weiß man nur, dass er das Renteneintrittsalter von 62 auf 65 Jahre heraufsetzen will. Und dass er wohl die gesetzlichen Krankenkassen »umstrukturieren« möchte. Ansonsten weiß man aus der Vergangenheit, dass Macron seine konsequent umgesetzte Umverteilung von unten nach oben durch Steuererleichterungen für die Reichen konsequent weiterführen wird. Erklären musste er das nicht. Denn das Programm seiner Herausforderin Marine Le Pen war schon Horror genug: Sie wollte Atomkraftwerke weiter ausbauen, fossile Energie befördern und alle Windkrafträder wieder einstampfen. Die Migranten sollten weniger Sozialhilfe bekommen. Und die Mehrwertsteuer sollte von 20 auf 5,5 Prozent gesenkt werden. Bei unbedingt lebensnotwendigen Artikeln sollte die Mehrwertsteuer komplett entfallen. Also ein klares marktradikales Programm, geeignet, den Nationalstaat komplett zu liquidieren und das verbliebene insolvente Gemeingut in die Hände der Globalkonzerne zu überführen.

Pest oder Cholera. Das war ein abgekartetes Spiel. Wäre der linke Kandidat Jean Luc Mélenchon in die Finalrunde gekommen, hätten die Franzosen eine echte Richtungswahl gehabt. Mélenchon war lange Zeit Funktionär der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS), die unserer deutschen SPD nicht unähnlich ist. Die PS hatte immerhin mit Francois Mitterand und Francois Hollande zwei Präsidenten hervorgebracht. Doch Mélenchon stieg aus, weil ihm die PS zu rechts geworden war. Er gründete nach diversen Zwischenstationen die linke Sammlungspartei »La France Insoumise«, auf Deutsch etwa: »unbeugsames Frankreich«. Dieser Name hat zunächst einmal für unsere Nasen einen rechtspopulistischen Stallgeruch.

### NATION VERSUS GLOBALKAPITALISMUS

Doch in Zeiten, in denen die Nationalstaaten als legitime Körperschaften des demokratischen Gemeinwillens massiv unter Beschuss der Globalkonzerne und –banken geraten sind, ist das längst eine genuin linke Forderung, den Nationalstaat gegen den globalistischen Übergriff in Schutz zu nehmen. Mélenchon kandidierte bereits im Jahre 2017 für das Präsidentenamt, wurde damals nur Vierter mit knapp unter 20 Prozent der abgegebenen Stimmen. 2022 wurde Mélenchon bereits Dritter und verfehlte mit 22 Prozent nur knapp das Finale gegen Le Pen mit 23,15 Prozent.

Im Gegensatz zu Le Pen hat Mélenchon eine klare Strategie gegen das supranationale Machtkartell aus Konzernen und der nicht demokratisch legitimierten Europäischem Union. Dieses Kartell hatte 1997 den Stabilitäts- und Wachstumspakt auf den Weg gebracht: Die Staaten der EU dürften demzufolge ein Defizit von drei Prozent im Staatshaushalt nicht überschreiten und sich nicht höher als mit 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschulden. Mit dieser Vorgabe wurde grundsätzlich jedes Sozialprogramm in der EU abgewürgt – während wir sehen, dass jetzt in Zeiten von Corona und Kriegsvorbereitung diese Grenzmarkierungen großräumig ignoriert werden. Frankreich hat jetzt unter Macron eine Staatsverschuldungsquote von 115 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht.

Mélenchon möchte zudem den gesetzlichen Mindestlohn auf 1.400 Euro festsetzen. Die Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden zu senken (bislang in Frankreich »nur« bei 35 Stunden) wie auch den Jahresurlaub um eine Woche auf sechs Wochen zu verlängern gehört zu Mélenchons Programm. Nach 40 Erwerbsjahren sollen die Mitarbeiter grundsätzlich in Rente gehen können. Der Staat soll als Vertreter des Gemeinwohls erheblich gestärkt werden. Das betrifft die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien genauso wie die Neueinstellung von 200.000 Beamten. Progressive Einkommensteuer: Je mehr jemand verdient, desto mehr muss er Steuern zahlen.

Macron hatte die Vermögensteuer komplett abgeschafft. Mélenchon will nun die Vermögensteuer auf einem erheblich höheren Niveau als zuvor wieder in Kraft setzen. Dafür sollen die Unternehmenssteuern gesenkt werden, wovon der gewerbliche Mittelstand profitiert. Die Atomkraftwerke sollen abgeschaltet und stattdessen zu 100 Prozent Erneuerbare Energie genutzt werden. Es gilt die »Grüne Regel«: Der Natur wird nichts ersatzlos entnommen. Außenpolitisch folgt Mélenchon dem früheren Präsidenten de Gaulle mit der Politik der Blockfreiheit: Austritt aus Nato und Europäischer Union. Die verbliebenen französischen Kolonien im Karibikraum sollen in die vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez gegründete Bolivianische Allianz für Amerika entlassen werden. Und Mélenchon führte jetzt gerade einen sehr modernen Präsidentschaftswahlkampf. In Marseille konnte er 35.000 Menschen mobilisieren. In einer Hologramm-Performance trat Mélenchon in mehreren Städten gleichzeitig auf. Sein Programm trägt den Titel »Eine andere Welt ist möglich«.



*Er fordert eine neue Republik. Aber wird Jean-Luc Mélenchon (li. und. re.) im Tanz der Macht mit dem Präsident der Eliten, Emmanuel Macron (mi.), bestehen können?* Collage: DW/Jill Sandjaja

### STEHT EIN LINKER AUFBRUCH BEVOR?

Und jetzt stehen die Parlamentswahlen am 12. Juni an. Bei der Wahl zur französischen Nationalversammlung sind 577 Parlamentssitze neu zu vergeben. Das geschieht nach dem Mehrheitswahlrecht. Das heißt: Nur der kommt ins Parlament, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Da geraten kleinere Parteien unter die Räder. Deshalb hat Mélenchon ein Wahlbündnis mit anderen linken Parteien geschmiedet. Zu den unbeugsamen Franzosen des Mélenchon kommen die Grünen, die in Frankreich wesentlich weiter links und anti-Establishment eingestellt sind als in Deutschland. Die kläglichen Reste der Kommunistischen Partei wollen ebenfalls dem Bündnis beitreten. Die Sozialistische Partei ziert sich noch.

Es ist auch schwer zu ertragen für die französischen Sozialdemokraten, dass ihr Aussteiger Mélenchon jetzt so stark dasteht, während die sozialistische Kandidatin bei der Präsidentenwahl gerade einmal auf klägliche 1,7 Prozent gekommen ist. Und selbstverständlich haben ehemals bedeutende Sozialisten wie Ex-Präsident François Hollande bereits angedeutet, dass sie die EU-kritischen Positionen Mélenchons keinesfalls mittragen werden. Ob die inneren Spannungen der zur Splitterpartei geschrumpften PS noch irgendjemanden interessieren, ist allerdings fraglich.

Würde Mélenchons Wahlbündnis tatsächlich stärkste Fraktion in der Nationalversammlung, dann müsste nach altem Brauch der Präsident den Chef der stärksten Fraktion zu seinem Premierminister ernennen. Es käme zur so genannten Cohabitation. Das wäre nichts Neues in Frankreich. Denn der frühere sozialistische Präsident Mitterand musste in seiner Amtszeit sich zweimal mit einem bürgerlich-konservativen Regierungschef die Macht teilen; der bürgerlich-konservative Präsident Jaques Chirac wiederum musste sich mit einem sozialistischen Regierungschef arrangieren.

Es ist also noch nicht alles verloren für die Linke in Frankreich. Allerdings: Ein öko-sozialer Umbruch sowie die längst fällige Reform der Infrastruktur des Landes sähen anders aus. Der extreme Zentralismus auf wenige Knotenpunkte wie Paris, Toulouse oder Marseille ist auf die Dauer nicht durchzuhalten. Der überall sichtbare Niedergang des gewerblichen Mittelstands erfordert weitaus radikalere Kurskorrekturen als es eine Symbiose von Macron und Mélenchon hergeben würde.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

# Geld neu denken

***Fragen und Antworten zur Funktionsweise des Bitcoin.*** | Von Burak Erbasi



*Demokratin fordert einen Neustart.*
*Foto: Georgi Belickin*

**Was ist Bitcoin?**
Es ist ein dezentralisiertes und konsensorientiertes Zahlungsnetzwerk, das nur von den Nutzern betrieben wird und keine zentrale Autorität benötigt. Anders als beim US-Dollar oder Euro werden die Transaktionen nicht von Banken verwaltet. Das wird völlig automatisiert über festgeschriebene und offen einsehbare Protokolle abgewickelt. Der ganze *Code* kann von jedermann eingesehen werden, Sie müssen niemandem mehr vertrauen.

**Kann also jeder auch meine Überweisungen sehen?**
Ja, das System ist transparent. Jede Transaktion wird auf der sogenannten Blockchain abgespeichert. Alle zehn Minuten entsteht hier ein Datenpaket mit Transaktionsinformationen, in welchem die neu getätigten Überweisungen gebündelt und gespeichert werden. Dieser neue Block wird an die vorangegangenen Blocks digital angekettet, so entsteht eben eine Kette an Blocks – daher rührt der Name *Blockchain*. Somit erhalten wir eine chronologische Historie aller Überweisungsaktivitäten.

**Dann bin ich also gar nicht anonym unterwegs?**
Das stimmt. Sie können aber pseudonym operieren. Wenn Sie sich eine *Wallet* herunterladen, also eine digitale Brieftasche, erhalten Sie automatisch einen sogenannten privaten Schlüssel. Dieser wird im Moment der Anfrage zufällig und automatisch aus dem System heraus nur für Sie erzeugt. Keiner kann vor Ihrer Anfrage diesen Schlüssel berechnen. Dieser private Schlüssel ist, wie der Name andeutet, der geheime Schlüssel, um über ihre *Coins* zu verfügen. Gleichzeitig erhalten sie einen öffentlichen Schlüssel, also eine Empfangsadresse. Wenn Sie nun einen Bitcoin erwerben, sei es an der Börse oder durch direkten Tausch mit einem Kumpel gegen Bargeld, dann wird dieser neu erworbene Bitcoin an ihre Empfangsadresse gesendet. Diese Adresse beinhaltet aber keinerlei persönliche Informationen. So sieht eine Adresse aus: 3FyecLmLurGH59q7D-QJLCSDinYndGyEyWt – Inzwischen existieren aber viele Hilfsmittel, um sogar eine echte Anonymität zu gewährleisten. Andere Kryptowährungen wie etwa Monero oder Zcash haben andere Funktionsweisen, die es ermöglichen, von Grund auf anonym zu bleiben.

**Verliere ich meine Bitcoins, wenn der Server abfackelt, auf dem sie gespeichert werden?**
Nein, denn es gibt diesen »Server«, auf dem die *Coins* gespeichert werden gar nicht. Tatsächlich existiert ein Bitcoin nicht als digitale Einheit irgendwo an einem virtuellen Ort. Weder auf dem *Smartphone* noch auf irgendeinem Server, wo er aufgespürt und eliminiert werden könnte. Die Coins existieren als untrennbares Element in der Gesamtheit des Ökosystems, und mit dem privaten Schlüssel können Sie von überall das System auffordern, Überweisungen zu tätigen. Eigentlich wird nur ein Kontostand abgebildet, der aus der Summe der Transaktionen berechnet wird. Ganz einfach ausgedrückt: Alle Eingänge minus alle Ausgänge ist gleich ihr Bitcoin-Kontostand. Nur mit ihrem privaten Schlüssel haben sie die Macht, neue Überweisungen anzufordern. Und hier wird der virtuelle Groschen wohl fallen: Alle Knotenpunkte im Bitcoin-System, Zehntausende an der Zahl, haben eine Kopie der gesamten Transaktionshistorie. Bedeutet: Wenn ein Knotenpunkt gehackt oder ausgelöscht wird, haben alle anderen im System noch eine Sicherungskopie ihres Kontostands. Und da es praktisch unmöglich ist, alle Knotenpunkte gleichzeitig zu hacken und zu manipulieren, kann man sagen: Bitcoin ist unhackbar.

**Das ist mir zu abstrakt, geht das auch konkreter?**
Dann stellen wir uns das mal ganz analog vor. Wir haben in unserem südbayerischen Dorf Isartal ein Zahlungsnetzwerk aufgebaut mit 100 Leuten. Jedes mal wenn eine Person einer anderen Person Geld schicken möchte, muss er 100 Kopien des Überweisungsscheins ausdrucken: »Bauer Sepp versendet 50 Isartaler an Oma Irmgard.« Jede Kopie wird von Sepp unterschrieben, und damit jeder Bescheid weiß, dass diese 50 Isartaler nun Oma Irmgard gehören, erhält jeder eine unterschriebene Kopie. Weiters hat jeder einen Tresor bei sich im Keller. Da werden alle Überweisungsscheine archiviert. Falls nun Lausbub Lutz vom Nachbardorf daherkommt und vorgibt, er habe 1.000 Isartaler und würde damit gerne sein Saufgelage in der Dorfkneipe bezahlen, dann können wir kurzer Hand überprüfen, ob er wirklich diese 1.000 Taler besitzt.

**Wie funktioniert das?**
Ganz einfach: Auf dem Marktplatz im Zentrum des Dorfes steht eine große Tafel, auf dem alle Kontostände notiert werden. Da steht dann beispielsweise: Bauer Sepp 15.000 Isartaler, Oma Irmgard 400 Isartaler, Metzgermeister Matthias 100 Isartaler und Lausbub Lutz steht da gar nicht drauf. Diese Kontostände werden laufend aktualisiert anhand der Archivbestände, die jeder für sich überprüfen kann, da jeder auch eine Kopie der Überweisungen bei sich im Keller aufbewahrt. Unser Lausbub wird sich also nicht so leicht ein leckeres lokales Bierchen erschleichen können. Er gibt aber nicht auf und möchte das System austricksen. Also verwischt er in einer Nacht-und-Nebel-Aktion alle Kontostände auf der großen Tafel. Ärgerlich für die Bewohner des Isartals, aber diese gleichen ihre Archive am nächsten Morgen ab und schreiben sogleich alle Kontostände wieder auf. Lausbub Lutz ist verblüfft, durchschaut das System aber schnell und denkt sich eine neue List aus: Dieses Mal will er an die Archive der Dorfbewohner.

**Er muss also in einer Nacht unbemerkt alle Tresore aufknacken und die Transaktionshistorie manipulieren?**
Exakt. Er müsste zumindest des Nachts mehr als die Hälfte aller Tresore im Isartal knacken und beispielsweise die erfundene Überweisung: »Bauer Sepp überweist 1.000 Isartaler an Lausbub Lutz« in das dezentrale System einpflegen. Eine Aufgabe, an der sogar unser sonst so trickreiche Lausbub scheitern muss. Wir können festhalten: Bitcoin ist grob gesagt digitales Bargeld, mit einer ähnlichen Funktionsweise wie der Isartaler aus unserem Beispiel.

**Und wieso reden Sie ständig über dieses Thema?**
Nun ja, weil ich davon überzeugt bin, dass echter Widerstand gegen totalitäre und machtgierige Strukturen nur wirklich effektiv sein kann, wenn wir uns eine materielle Basis aufbauen, sodass wir nicht mehr finanziell abhängig vom System sind. Nur so können wir nachhaltig und langfristig planen und neue Strukturen schaffen: eine alternative Ökonomie ohne Ausbeutung aufbauen, wo die Früchte unserer Arbeit bei uns bleiben. Wo die künstlich gesteuerte Inflation nicht unser Erspartes vernichtet und so weiter.

**Ich verstehe, den Rest kann ich mir selber ausmalen.**
Ich bin kein *Investment*-Berater, aber mir ist zu Ohren gekommen, dass der Bitcion derzeit eine krasse Kurskorrektur durchmacht. Zwischen 20.000 und 30.000 US-Dollar kann man sich eine gute Einstiegsposition sichern laut vielen Krypto-Experten.

**Wer hat, der hat.**


Burak Erbasi ist Chef vom Dienst in der DW-Redaktion und nebenbei freischaffender Künstler.

## MELDUNG

### CHINA TAUSCHT COMPUTER IN BEHÖRDEN AUS

Berlin/DW. Die chinesische Regierung hat angeordnet, dass Computer aus amerikanischer Produktion innerhalb der nächsten fünf Jahre aus allen Behördenbüros und aus Staatsbetrieben zu entfernen sind. An ihre Stelle sollen chinesische Computer der Marke Lenovo treten. Zudem soll anstelle der amerikanischen Software aus dem Hause Bill Gates nur noch in China entwickelte Software zum Einsatz kommen. Die Volksrepublik wäre mit diesem Schritt weniger erpressbar gegenüber US-amerikanischen Maßnahmen und würde auch dem möglichen Einsatz von Spionage-*Tools* einen Riegel vorschieben. (hpl)

# LEUCHTTURM

## BRINGT LICHT INS DUNKEL

EINE VORSTELLUNG ***von Jimmy C. Gerum***

**Die Initiative »Leuchtturm *ARD ORF SRG*« setzt sich in einer Sammelbewegung dafür ein, dass der öffentliche Rundfunk (*ÖRR*) endlich zu seinem Auftrag zurückfindet. Nämlich einen offenen Diskurs zu fördern und so erst zum »Leuchtturm« der Orientierung für politisch mündige Bürger zu werden.**

Die politische Staatsnähe hat den im Medienstaatsvertrag festgelegten Auftrag des *ÖRR* zu ausgewogenem Journalismus insbesondere in den letzten beiden Jahren ad absurdum geführt. Der *ÖRR* trägt eklatant und belegbar zu den aktuellen Konflikten und Spaltungen bei. Mit »Vier Schritten für den Frieden« bietet die Seite *www.LeuchtturmARD.de* einen Weg aus der Ohnmacht des Einzelnen. Am 21. Mai 2022 in Kassel ist *Leuchtturm ARD* Teil einer Koordinierungs-Konferenz von bundesweiten Multiplikatoren, die sich zum Ziel setzt, Ideen und Aktionen zu entwickeln, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung kompromisslos wiederherstellen sollen. Näheres dazu unter *www.deutschland-steht-auf.de*. *Leuchtturm ARD* will auch an der DW-Gala in Hamburg teilnehmen.

Nur ein offener demokratischer Diskurs kann die politische Bildung fördern und uns so zu mündigen Bürgern machen, die die Gesellschaft voranbringen. Die sträfliche Vernachlässigung dieses Prinzips in den letzten beiden Jahren durch die Leitmedien führte uns zu Spaltungen und Konflikten historischen Ausmaßes. Dadurch entstand die breite Sammelbewegung des *Leuchtturm ARD ORF SRG*, der hier die gesetzlich festgelegte Führungsrolle des öffentlichen Rundfunks einfordert, die nur mit ausgewogenem und staatsfernem Journalismus gelingen kann.

# WILL DER WESTEN DIE ATOMARE ESKALATION?

***Neues von der Ostfront***
Von Felix Feistel

**In letzter Zeit macht sich gerade bei westlichen Politikern eine gefährliche Verharmlosung nuklearer Angriffe breit. Oft sprechen sie von »begrenztem« oder »taktischem Einsatz« von Nuklearwaffen und suggerieren damit eine realitätsferne Ungefährlichkeit atomarer Waffen für das eigene Land. Währenddessen sind es russische Politiker wie Sergei Lawrow, die vor einem solchen Szenario warnen.**

Westliche Medien berichten von einer »atomaren Drohung« durch den als Putins Chefpropagandisten bezeichneten Dmitri Kisseljow im russischen Staatsfernsehen. Kisseljow ist der Generaldirektor der staatlichen Nachrichtenagentur Rossija Sewodnja und erklärte am Sonntagabend im Nachrichtensender Rossija1, wie Russland die britischen Inseln mithilfe einer unbemannten Unterwasser-Drohne namens Poseidon unter einer atomar verseuchten Tsunamiwelle begraben könnte. Dabei lief im Hintergrund eine Animation, die diesen Vorgang bildlich darstellte. Westliche Medien berichteten hier von wiederholten Drohungen der russischen Seite, einen globalen Atomkrieg zu entfesseln. Was sie verschweigen ist jedoch die vorangegangene Drohung der britischen Regierung mit einer nuklearen Antwort auf etwaige Verbrechen des russischen Militärs in der Ukraine. Die Erklärung von Kisseljow kann daher auch als Warnung verstanden werden.

### NACHBARLÄNDER WAPPNEN SICH

In Weißrussland fand eine unangekündigte Militärübung statt, welche die Einsatzfähigkeit des Militärs testen sollte. Dabei wurde geprobt, Militär und Militärtechnik schnell und ohne vorherige Ankündigung an den Einsatzort zu verlegen. Auslöser dafür dürfte der Krieg in der Ukraine ebenso sein, wie die Spannungen in Transnistrien. Auch andere osteuropäische Staaten werden in diesem Monat eine großangelegte Militärübung namens »Defender Europe« durchführen. Darunter befindet sich auch Polen. Zuvor gab es Spekulationen, dass Polen Teile der Westukraine rund um Lwiw mit »Friedenstruppen« besetzen wolle. Diese Gebiete haben einst zu Polen gehört und auch aus den Reihen der Regierungspartei ist zu vernehmen, dass sie eigentlich noch immer als polnische Gebiete betrachtet werden. Somit gibt es Spekulationen darüber, dass Polen die Militärübung nutzt, um dieses Gebiet zu besetzen.

Unbeachtet von westlichen Medien hat der polnische Präsident Andrzej Duda verkündet, dass es keine Grenzen zwischen der Ukraine und Polen mehr geben solle. Der ehemalige russische Präsident Medwedew sah darin die Ankündigung einer Annexion der Westukraine. Wenn das passierte, wäre es unwahrscheinlich, dass der vom Westen vollkommen abhängige ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi etwas dagegen unternehmen würde. Anders verhält es sich jedoch mit den ukrainischen Nationalisten, welche die Polen wohl als Invasoren betrachten und sie bekämpfen würden. Zudem steigt das Risiko einer Konfrontation zwischen Polen und Russland. Hochrangige polnische Militärs bezeichneten diese Interpretation jedoch als *Fake-News*. So oder so, die militärischen Übungen auf beiden Seiten zeigen nicht nur die Bereitschaft für einen Krieg, sondern könnten auch einen solchen auslösen und stellen damit eine Gefahr für den Frieden in Europa dar.

Während die Kämpfe in der Ukraine weitergehen, gibt es in westlichen Medien Berichte darüber, dass russische Soldaten Traktoren und Mähdrescher aus der Ukraine stählen. Ein Bericht, demzufolge die russischen Soldaten die Handys und anderes Eigentum getöteter Zivilisten und ukrainischer Soldaten stehlen würden, konnte als westliche Propaganda entlarvt werden. Allerdings wird auch in russischen Medien berichtet, dass russische Soldaten Kühlschränke und andere Gegenstände mitnähmen und an ihre Familien schickten.

### IST DEUTSCHLAND KRIEGSPARTEI?

Angesichts der geplanten Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine hat ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages der Euphorie nun einen Dämpfer versetzt. Demzufolge mache Deutschland sich zwar durch die reine Lieferung nicht zu einer Kriegspartei, jedoch durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten durch deutsche Ausbilder. Eine solche Ausbildung ist jedoch gerade für die in Aussicht gestellten Gepard-Panzer notwendig. Das Gutachten datiert bereits auf März 2022, was bedeutet, dass die Abgeordneten und die Regierung schon vor ihrer Entscheidung, Waffen zu liefern, von der Gefahr gewusst haben, als Kriegspartei zu gelten.

Eine solche Einstufung rechtfertigt Angriffe seitens Russland auf militärische Einrichtungen auch in Deutschland. Sollte Deutschland oder irgend ein anderes Nato-Land also von Russland als Kriegspartei anerkannt werden, ist ein europa- oder gar weltweiter, militärischer Konflikt nur der nächste logische Schritt. Bislang sieht die russische Regierung die Nato nicht als Kriegspartei an, wie zuletzt Sergej Lawrow betont hat.

Der Krieg in der Ukraine weitet sich zunehmend auf die Region Transnistrien aus. In den letzten Tagen kam es vermehrt zu Angriffen seitens der Ukraine auf Orte in der Grenzregion, wie zum Beispiel Voronkovo. Zudem erklärte der Berater Selenskyjs, Alexej Arestowytsch, dass die Ukraine jederzeit bereit sei, den Konflikt auf Transnistrien auszudehnen. Er signalisierte der offiziellen Regierung Moldawiens, dass die Ukraine das Land im Kampf gegen Transnistrien unterstützen würde. Das brächte die russischen Friedenstruppen, welche seit dem Bürgerkrieg in den frühen 90er Jahren den Frieden zwischen Moldawien und Transnistrien sichern, in eine schwierige Situation. Zugleich haben Moldawien und die Ukraine die Wirtschaftsblockade der kleinen Republik verschärft. Die Ukraine befestigt zudem ihre Grenze nach Transnistrien, indem sie Brücken vermint und Geschützstellungen errichtet. Auch fordert die Regierung Transnistriens auf Ebene der UN den Abzug russischer Truppen aus Transnistrien, die dort unter anderem Munitionsdepots bewachen.




*So unterschiedlich sind die Darstellungen der Front am 11. Mai: Karten der russischen Nachrichtenagentur Raifan (li.) und des US-Institus für Kriegsstudien ISW (re.).*


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

## MELDUNG

### SKANDINAVIER HALTEN AN PRESSFREIHEIT FEST

Oslo/DW. Die norwegische Regierung lässt die russischen Auslandswelle *RT* und *Sputnik* nach Druck von Journalisten weiter zugänglich. Die Regierung des skandinavischen Nicht-EU-Lands begründete die Entscheidung damit, dass »für ein demokratisches Land wie Norwegen eine Vorzensur durch Medienkanäle nicht infrage kommen kann«. Zuvor hatten norwegische Journalisten in einer gemeinsamen Erklärung die Zensur abgelehnt.

So hieß es: »An dem Tag, an dem wir uns vom Staat per Gesetz vorschreiben lassen, was Desinformation sein soll, sind wir selbst Putins Russland einen Schritt näher gekommen.« Auch der Chef der schwedischen Verlegervereinigung Johan Taubert hatte an die EU appelliert: »Demokratie muss mit demokratischen Mitteln verteidigt werden. Wir geraten sonst auf eine abschüssige Bahn: Was wird denn dann als Nächstes verboten?«.

Die EU hatte Anfang März 2022 die Verbreitung der russischen Auslandswellen *RT* und *Sputnik* unter Strafe gestellt. (hes)

### VORBILD FÜR DEUTSCHLAND

Madrid/DW. Die Chefin des spanischen Geheimdienst CNI, Paz Esteban, muss ihren Posten verlassen. Vorgeworfen wird ihr, dass sie mindestens 18 Telefone von katalanischen Separatisten mit dem Programm Pegasus überwachen ließ. Die Überwachung war durch Entscheidung eines spanisches Gerichts legitimiert worden. Berichten zufolge übten Abgeordnete der katalanischen Separatisten Druck auf den Ministerpräsidenten Pedro Sánchez aus, der auf ihre Stimmen für seine Minderheitsregierung angewiesen ist. (hes)

### NIBELUNGENTREUE DEUTSCHLANDS MIT DEN USA

Berlin/DW. Das Nato-Ölembargo gegen Russland wird innerhalb des Militärbündnisses zunehmend in Frage gestellt. Die Regierungen der EU-Länder Ungarn, Slowakei, Tschechien und Bulgarien lehnen das Ende der Rohstofflieferungen ab, fordern Ausnahmen und kündigen jeweils Veto in der EU an. Dies berichtete die österreichische Zeitung *Standard*.

Auch das Nato-Land Japan kooperiert weiter mit Russland. So kündigte der dortige Premierminister Fumo Kashida an, weiter an dem Erdgas- und Erdöl-Förderprojekt Sachalin-2 im Fernen Osten Russlands festzuhalten. Dies sei »ein essenzielles Projekt für die japanische Energiesicherheit«, so Kashida laut Nachrichtenagentur *AFP*. (hes)

CORONA – INSZENIERUNG EINER KRISE (III) | TITELSTORY

# Bildungs- und Entwicklungschancen auf dem Corona-Schaffott

*von Magda von Garrel*

**Seit der durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgenommenen Einstufung von Covid-19 als weltweite Seuche (Pandemie) haben wir in Deutschland nun schon zwei komplette und mehrwöchige Schließungen unserer Bildungseinrichtungen erlebt.**

Für die Schulen, die hier im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen sollen, begann der erste *Lockdown* im März 2020, dem im Dezember desselben Jahres die zweite Schließung folgte. Die erste Schulschließung war eingebettet in einen allgemeinen *Shutdown*, der so weit ging, dass sogar Spielplätze mit Flatterbändern abgeriegelt wurden und nicht mehr betreten werden durften. Mit Ausnahme eines mühsam aufrechterhaltenen Notdienstes, den Eltern mit »systemrelevanten« Berufen in Anspruch nehmen konnten, mussten alle Kinder plötzlich zu Hause bleiben und dort lernen, was fälschlicherweise sofort als *Homeschooling* bezeichnet worden ist.

Nach anfänglicher Euphorie stellte sich allerdings ziemlich schnell heraus, dass diese Unterrichtsvariante nur eine begrenzte Reichweite hatte, da entweder die Schulen oder die Elternhäuser nur unzulänglich oder gar nicht über die hierfür erforderliche technische Ausstattung verfügten, was übrigens auch auf die besonders von Bildungspolitikerinnen und -politikern hoch gelobten Lernplattformen zutraf. Das bedeutete, dass insbesondere die sogenannten benachteiligten Schüler*innen wieder einmal das Nachsehen hatten, da sie von den vergleichsweise besten Möglichkeiten, neue oder (noch) unverstandene Sachverhalte erklärt zu bekommen, wochenlang abgeschnitten blieben. Daran änderte die einige Zeit später in etwas größerem Stil durchgeführte *Tablet*-Verteilaktion nur wenig, da viele der darauf angewiesenen Schüler*innen auch nicht über die im häuslichen Umfeld erforderlichen Voraussetzungen verfügten, zu denen (neben festen Tagesstrukturen und eigenen Arbeitsplätzen) nicht zuletzt die elterlichen/mütterlichen Unterstützungskapazitäten zu zählen sind.

Von allen sozial isolierten Kindern und Jugendlichen traf es diejenigen am härtesten, denen jeder elterliche Rückhalt fehlte und die zudem Gewaltexzessen oder sexuellem Missbrauch ausgesetzt waren. In diesen Fällen kam zum verwehrten Kontakt mit Gleichaltrigen auch noch die Unmöglichkeit hinzu, sich an Not- und Hilfsdienste wenden zu können, da diese (bis auf einige mutige Ausnahmen) ebenfalls geschlossen waren. Vor diesen und anderen schrecklichen *Lockdown*-Folgen haben viele Kinder- und Jugendverbände schon früh gewarnt. Als Beispiel sei die Deutsche Liga für das Kind genannt, die im April 2020 feststellte: »Vor allem betroffen sind Kinder in Familien, in denen die Beziehungen ohnehin angespannt sind, in denen die Nerven der Eltern blank liegen, in denen die Eltern aufgrund wirtschaftlicher Sorgen nicht ansprechbar sind. Bei den von Armut betroffenen Familien kommt hinzu, dass nun auch noch die kostenfreie oder kostengünstige Essensversorgung in Kitas und Kindertagespflegestellen wegfällt.«

## LEHRER HATTEN ANGST VOR EIGENER ANSTECKUNG

Man kann nicht sagen, dass die von dieser Seite kommenden Warnrufe gänzlich ungehört verhallt wären, da sich sowohl die Kultusministerkonferenz (KMK) als auch etliche Bundesländer immer wieder für Schulöffnungen eingesetzt haben, aber ausgerechnet die Lehrerverbände sprachen sich (mit massiver Unterstützung des *Online*-Portals *News4Teachers*) vehement dagegen aus. Die von den Lehrerverbänden vorgetragenen Argumente gegen einen »Überbietungswettbewerb bei Schulöffnungen« (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2020) sind mit Blick auf das Maßnahmenchaos ein Stück weit nachvollziehbar, lassen aber jedes Verständnis für die schließungsbedingte große Not vieler Kinder und Jugendlicher vermissen. Die größte Sorge galt (und gilt) stattdessen dem eigenen und als hoch eingeschätzten Ansteckungsrisiko.

## »LEHRER MELDETEN SICH TEILS SECHS WOCHEN NICHT BEI IHREN KINDERN«

Ein anderes von den Lehrerverbänden vorgetragenes Argument bezieht sich auf die aus den Maßnahmen resultierende Mehrarbeit. Anzunehmen ist, dass dieser Hinweis tatsächlich auf viele Lehrer*innen zutrifft, aber es sind (vor allem in der Zeit der Schulschließungen) auch ganz gegenteilige Erfahrungen gemacht worden, was dem folgenden Zitat zu entnehmen ist, das einem mit Bernd Siggelkow (Gründer des Kinder- und Jugendhilfswerks »Die Arche«) geführten Interview (Herrmann 2021) entstammt: »Diese Kinder hatten schon zu normalen Zeiten Schwierigkeiten, im Unterricht mitzukommen. Jetzt sind sie alleine. [...] Oft haben sie auch gar keinen Kontakt zu ihren Lehrern. Theoretisch müssten die Lehrkräfte jeden Tag bei jedem Kind anrufen und sich nach dem Stand der Dinge erkundigen. Wir haben hier aber teilweise erlebt, dass sich Lehrer sechs Wochen bei ihren Kindern nicht gemeldet haben. Das war schon im ersten *Lockdown* so und wir merken auch beim zweiten *Lockdown*, dass sich die Kommunikation der Schulen mit den Kindern oft darauf beschränkt, dass Arbeitszettel abgeholt werden können. Oder dass mitgeteilt wird, wo die Kinder ihre *Online*-Aufgaben machen sollen.«

Je länger die völlig instabile Beschulungssituation andauerte, desto mehr nahmen nicht nur die (bis hin zum völligen Verlust bereits erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten reichenden) Lernrückschritte, sondern auch die psychosozialen Folgen zu, vor denen zahlreiche dem Kinder- und Jugendschutz verpflichtete Organisationen schon zu Beginn des ersten Schul-*Lockdowns* gewarnt hatten. Dennoch ließ sich das Bundesbildungsministerium mit der Vorlage eines sogenannten Aufholpaketes (Aktionsprogramm des Bundes »Aufholen nach Corona«) reichlich viel Zeit. Bei einer Umrechnung der angekündigten Gelder auf die (auch noch zunehmende) Anzahl der in der einen oder anderen Art unterstützungsbedürftigen Schüler*innen wird schnell deutlich, dass wir es bei diesem Angebot erneut mit einer für das deutsche Bildungswesen typischen Unterfinanzierung zu tun haben. (...)

In den insgesamt fast drei Monate umfassenden Schul-*Lockdowns* sowie in den dazwischen und danach liegenden (bis heute nicht beendeten) Wochen des ständigen Wechsels zwischen Präsenz- und Fernunterricht mit halbierten Lerngruppen und sich kontinuierlich verschärfenden Corona-Regeln (Maskentragen und Testdurchführungen) ist derart massiv gegen das Kindeswohl verstoßen worden, dass es bei den Schülerinnen und Schülern nicht nur zu Lernrückständen, sondern vor allem zu vielfältigen Entwicklungs- und Befindlichkeitsstörungen kam. Besonders schädlich wirkte sich die von den Kindern und Jugendlichen erwartete permanente Unterdrückung ihrer Grundbedürfnisse (Kontakte mit Gleichaltrigen, Berührungen, Ausleben des Spiel- und Bewegungsdrangs) aus. Die Wiedergabe des zu diesem Thema geführten Gesprächs von Änne Seidel mit dem Neurobiologen Hüther (2021) kann nur als deutliche Warnung verstanden werden: »Um mit den









***»Kinderschändermaske« und natürlicher Maskenabwurf:*** *Freiheit beginnt mit einem klaren Nein!, macht diese junge Basisdemokratin klar...*


Magda von Garrel ist Sonderpädagogin und Diplompolitologin. Sie setzt sich seit Jahren mit der marktwirtschaftlichen Umformung der Bildung auseinander. *Foto: Nachdenkseiten*

andauernden sozialen Beschränkungen umgehen zu können, würden Bedürfnisse im Gehirn ›mit hemmenden Verschaltungen überbaut‹. Dadurch könne das Kind zwar mit der Beschränkung besser umgehen, es könne aber eben auch das Bedürfnis nicht mehr spüren. Dass Kinder Einschränkungen einhalten, sei daher nicht als positiver Umgang damit zu interpretieren.«

Zu den weitaus früher erkennbaren, aber deswegen nicht weniger besorgniserregenden Folgen der Corona-Maßnahmen gehören Erkrankungen und Symptome wie Depressionen, selbstverletzendes Verhalten, Suizidgedanken, Phobien, Einsamkeits- und Ohnmachtsgefühle, anhaltende Traurigkeit, zunehmende Gereiztheit, Erschöpfung und Müdigkeit, Nachlassen der Konzentrationsfähigkeit, Süchte, Antriebslosigkeit, Ess- und Zwangsstörungen. Kinderärzte stellten darüber hinaus auch etliche körperliche Folgen (heftige Bauch- und Kopfschmerzen oder zunehmende Fettleibigkeit) fest.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Wirkung des teilweisen oder sogar völligen Wegfalls aller Sicherheit verleihenden Rituale und Strukturen. Geburtstags- und Abschlussfeiern können nicht mehr in der gewohnten Form durchgeführt werden und selbst bei den noch stattfindenden Einschulungsfeiern müssen nicht-getestete Eltern draußen bleiben. Die unterrichtlichen Präsenzphasen erbrachten auch eine neue Variante des Schülermobbings. Kinder und Jugendliche, die (aus welchen Gründen auch immer) keine Maske tragen wollten, wurden von den Mitschüler*innen schnell als völlig verantwortungslos gebrandmarkt. In jüngster Zeit ist es im Falle einer Nichtbeteiligung an den Impfungen zu weiteren Stigmatisierungen dieser Art (Abstempelung als »Angsthasen«) gekommen, wobei die zur Gruppe der »Verweigerer« gehörenden Schüler*innen immer dann besonders leicht identifiziert werden konnten, wenn die Impfbusse direkt vor der Schule standen.

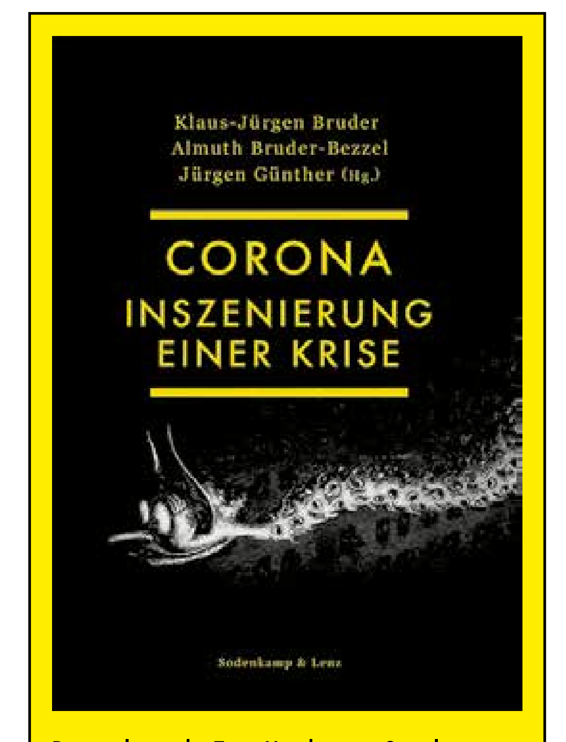
### LEHRERVERBÄNDE LIESSEN SICH FÜR AGENDA EINSPANNEN

Um die formulierte Frage zu den zukünftigen Bildungs- und Entwicklungschancen der jetzigen Schülergeneration erst einmal pauschal zu beantworten: Es sieht düster aus. Angesichts der sich abzeichnenden und durch die Verhängung der Corona-Maßnahmen systematisch vorangetriebenen Verengung des Bildungsverständnisses ist damit zu rechnen, dass die im heutigen Schulsystem aufwachsenden und von ihm geprägten Kinder und Jugendlichen als Erwachsene kaum noch die Kraft und Fähigkeit haben werden, sich dem dann schon weit fortgeschrittenen permanent kontrollierten Leben entgegenstellen zu können. Der Umstand, dass die Maßnahmen auch im Schulbereich eine derart destruktive Kraft entfalten konnten, lässt sich (zumindest vordergründig) am ehesten mit der über die Medien suggestiv ausgelösten (Ur-)Angst erklären, die (einschließlich der Lehrer*innen) von der Mehrheit der Bevölkerung Besitz ergriffen hat und die deshalb die schon früh erfolgten Hinweise auf das hier gegebene relativ geringe Gefährdungspotenzial nicht wahrhaben wollte.

Aller Voraussicht nach wird es dabei wohl noch eine ganze Weile bleiben, obwohl erst kürzlich erneut bestätigt wurde, dass junge Menschen weder große Virenlasten in sich tragen noch besonders infektionsanfällig beziehungsweise von schweren Krankheitsverläufen bedroht sind (vgl. *Berlin Institute of Health* 2021). Dessen ungeachtet sprachen sich insbesondere die Lehrerverbände immer wieder für eine Verlängerung oder gar Verschärfung der Maßnahmen aus. Vor diesem Hintergrund kam Michael Klundt (schon 2020!) zu dem Schluss, dass eine Kindeswohlgefährdung stattfand und massiv gegen die Kinderrechte verstoßen wurde. In einer Zusammenfassung dieser Befunde stellt Klundt fest, dass aus dem Kinderschutz ein Schutz vor Kindern geworden ist (vgl. Klundt 2020).

Die sachlich nicht zu rechtfertigende Fortsetzung der schulischen Corona-Maßnahmen wirft die Frage auf, in wessem Interesse die noch immer anhaltende Aussetzung der regulären Beschulung liegt. Eine der naheliegendsten Antworten hängt mit der beinahe allseits gewünschten Forcierung der Digitalisierung des Bildungswesens zusammen. Da viele Lehrer*innen anscheinend nicht ausreichend über die wahren Interessen der Computerindustrie und die daraus resultierenden (langfristig auch sie selbst betreffenden) Folgen informiert sind, werden sie sich im Anschluss an die weitgehend kritiklose Befolgung der Corona-Maßnahmen höchstwahrscheinlich ein zweites Mal gegen die natürlichen Bildungs- und Entwicklungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einspannen lassen und sich der zunehmenden Algorithmisierung des Lernens und Kommunizierens nicht widersetzen. Spätestens dann ist der Weg frei für eine Vollendung der schon vor Jahrzehnten eingeleiteten neoliberalen Umformung unseres Bildungswesens. Der schon jetzt auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtete Bildungskanon wird über kurz oder lang auch die Kleinsten erwischen, denen dann (mit Hilfe »lustiger« Lernprogramme) schon in den Kindergärten beigebracht werden kann, dass sich der Wert eines Menschen am Grad der Leistungserbringung bemessen lässt.

Die durch die Maßnahmen tendenziell auch gegebene Chance einer konsequenten Abwendung von allen fremdbestimmten (Schul-)Interessen ist zu Lasten der Kinder und Jugendlichen bislang völlig versäumt worden, was sich nicht zuletzt an den überwiegend systemkonformen Ausgleichsvorschlägen ablesen lässt. Nun liegt es an uns, ob wir angesichts des schon längst auf Marktanpassung getrimmten Schulwesens eine weitere Beschneidung der Bildungs- und Entwicklungschancen unserer Kinder zulassen.




Der vorliegende Text Magda von Garrels ist ein Auszug aus dem Buch »Corona – Inszenierung einer Krise« Die Anthologie erscheint dieser Tage, herausgegeben von Professor Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel und Jürgen Günther im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz, Berlin. Die ISBN für den Buchhandel lautet 978-3-9822 745-5-3.

Mit weiteren Originalbeiträgen für diesen Band von Rudolph Bauer, Eva Borst, Almuth Bruder-Bezzel, Jeannette Fischer, Uli Gellermann, Hannes Hofbauer, Andrea Kleeberg-Niepage, Michael Ley & Carl Vierboom, Georg Lind, Christiane Reymann, Matthias Rudlof, Michael Schneider, Robert Scholz, Christoph Seidler, Harald Walach sowie den Herausgebern.

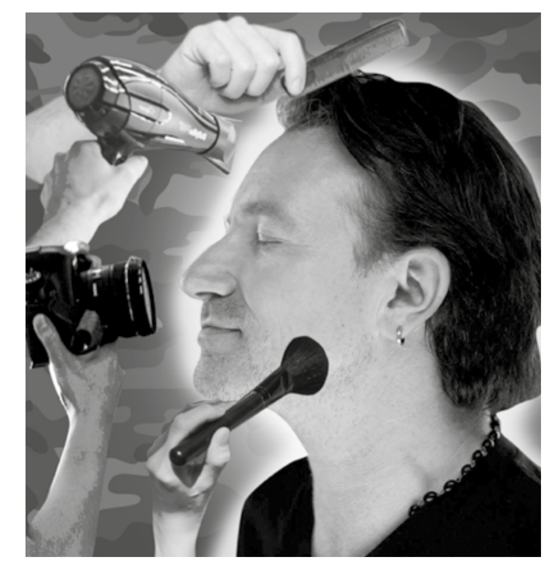









*… das Video, dem diese Ausschnitte entnommen sind, ging von den USA aus um die Welt und ist unter anderem auf* t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/5003 *zu schauen.*



U2-Sänger Bono sucht den Glanz des Kriegs. Collage: DW/Jill Sandjaja

# MUSIK GEHT ANDERS

***Über die Blutlust der Performance-Kunst.*** | Von Hendrik Sodenkamp

**Die irischen Rocker-Rentner von U2 haben wie der deutsche Pianisten-Sohnemann Igor Levit ihr Geschäftsmodell darauf aufgebaut, »irgendwas mit Politik« zu machen. Menschenrechte hier, mal da ein Zeigefinger, gutes Gewissen sowieso, und so kriegen sie die Schlagzeilen und Albumverkäufe, die sie mit ihrer austauschbaren Musik niemals bekommen würden. Nun müssen die Ukrainer herhalten.**

Am vergangenen Sonntag traten U2-Frontsänger Bono und Gitarrist The Edge in einem Musikvideo auf. Das war kein Konzert, sondern ein Videodreh. Aufgenommen in einer Kiewer U-Bahnstation, angeblich vor ukrainischen Fans. Auf den Aufnahmen sind aber vor allem Fotografen und Pressefuzzis zu sehen. Manch eine Gazette schrieb, das Konzert soll sogar überraschend in einem echten Luftschutzkeller stattgefunden haben, und zwar vor Menschen, die dort gerade Schutz suchten. Aha, wer das glaubt …

Milliarden sahen weltweit den musikalisch unterirdischen Auftritt. Aber um Musik ging es den Geschäftsmännern anscheinend auch nicht. »Schaut alle schreiben über uns«, wird es danach im Flug nach Hause wohl geklirrt haben. Dabei: Wo war die Musik? Wo die Melodie, wo der Rhythmus? Egal. – Die Wirkung entfaltete der Auftritt ausschließlich von der geklauten Authentizität vorgestellten Leids. Samt Duett eines Soldaten, der verdächtig nach Menderes von »Deutschland sucht den Superstar« aussah.

Sie sollten sich dieses Mal nicht nur bei den Apple-Computer-Nutzern entschuldigen, denen sie 2014 ihr Album »schenkten«, das heißt per automatischen Download aufnötigten. Dieses Mal sollten sie sich bei den Ukrainern entschuldigen, dass sie den Krieg dort für ihre Schlagzeilen in den Feuilletons ausbeuteten.

### DAS GESCHÄFT MIT DEM TOD

Alle wollen sich gerade vor Trümmern fotografieren lassen. Statt Strandfotos oder Fotos mit Stars, gibt es nun eine perverse Ruinensehnsucht, die stark an den Trümmerkult des 3. Reichs erinnert. Die machten sich auch verdächtig viel Gedanken darum, welchen »Ruinenwert« ihre Bauten haben würden. Angeblich in 1.000 Jahren. Die Sehnsucht nach dem Abgrund führt genau dahin und zwar schnell. Und diese Sehnsucht scheinen viele zu haben, sonst wären die Ruinenreisen unserer Politiker- und »Künstler«-Kaste nicht so beliebt. Jauchzend klingt der Chor: »Wir gehen in den Schmerz!«. – Ja, warum eigentlich? Sie wollen sich anscheinend selber spüren. Krieg als inneres Erlebnis, wo hier doch das Leben in voller Blüte steht. Doch Lebendiges interessiert sie nicht.

Es ist ein langer Abwärtsgang der US-Kulturindustrie von Marlene Dietrich, die an der Front die amerikanischen Truppen unterhielt, über die Playboy-Bunnies, die wenigsten noch echte Vietnamsoldaten bespaßten, wie es im Film »Apokalypse Now!« eindrücklich dargestellt wird, bis hin zum Videodreh von Bono im Keller vor handverlesenen Statisten. Diese Kultur hat den Kompass verloren und da zählt die bundesdeutsche dazu. Annalena Baerbock und ihre PR-Berater sind gewiss enttäuscht gewesen, dass sie keine Aufnahmen vor Leichen in Butscha aufnehmen konnten, mit Baerbocks erschütterter Miene dazu. Der Kanzlerposten wäre realistischer geworden. Und hätte Bono wirklich Schutz suchen müssen vor einer Bombe, wären seine Berater danach entzückt gewesen. Das ist zynisch. Und das ist die »künstlerische« Form, die gerade funktioniert.

# POP POP

Von Nicolas Riedl



Selbst musikalische Töne des »Feindes« müssen nun verstummen. Foto: Miloš Jurišić

### AUCH RUSSISCHE MUSIKINSTRUMENTE SIND BÖSE

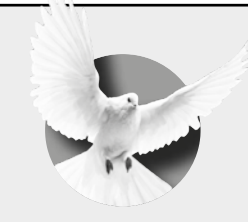
Wenn eine Band ein Solidaritätskonzert für die Ukraine gibt, muss sie eigentlich nicht fürchten, von »woken« Gesinnungshüter gecancelled (zensiert) zu werden. Doch genau das geschah der schwedischen Amateurorchester Band »Södra Bergens Balalaikor«. Sie wollte zwar mit ihrem Konzert in Uppsala Spenden für die Ukraine einsammeln, dies jedoch mit einem falschen Musikinstrument. Im Repertoire der Band befindet sich nämlich auch ein russisches Balalaika, ein gitarrenähnliches Musikinstrument. Töne sind nun scheinbar schon deswegen unerwünscht, weil sie einem russischen Musikinstrument entspringen. Musik sollte doch eigentlich verbinden, aber wohl nicht in der Blase politischen Korrektheit.



»Namasté Bitches!« Nikolai Binner geht auf Tour. Foto: Nikolai Binner

### DER GRINSENDE »QUERLEUGNER« GEHT AUF TOUR

Zwei Jahre lange gecancelt und mit Auftrittsverboten belegt, doch nun kehrt er zurück auf die Bühnen; Stand-Up-Comedian Nikolai Binner geht auf Deutschland-Tour. In den zwei Jahren Ausnahmezustand hatte er – wenn auch nur in Online-Auftritten – eine der wirkungsvollsten Medizin gegen Angst und Kummer im Koffer: Humor. Und von diesem nicht zu wenig und in rabenschwarzer Form, so rabenschwarz wie die letzten zwei Jahre selbst. Nun, da es diesjährig so etwas wie einen Hoffreigang für Kunst und Kultur zu geben scheint, ist er wieder live am Start. Die ersten Städte sind bereits ausgebucht.



## ANGRIFF AUF UNSERE IDENTITÄT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

*von Dr. Günther Riedl*

**»Ich danke dir, dass du mich so herrlich und ausgezeichnet gemacht hast! Wunderbar sind deine Werke, das weiß ich wohl.« (Psalm 139,14)**

Die Dokumente unserer Identität, die DNA-Schriftrollen, werden im Zellkern vor Übergriffen bewahrt. Hier ist die Schaltzentrale, und nach dem Bild der DNA wird mittels Transkription Boten-RNA (mRNA) hergestellt, welche die Befehle der DNA durch die Zellkernwand trägt.

Die Umkehrung, wenn Befehle übersetzt würden von mRNA in DNA, wäre bedrohlich. Die Möglichkeit dieser »reversen Transkription« wird bei der Gabe von mRNA-Spritzen vernachlässigt: »Ach, das ist theoretisch möglich, aber es wird schon nicht passieren.« Doch nun beweist die Studie einer schwedischen Arbeitsgruppe die reverse Transkription der Spritzen-mRNA. Befehle von außen können in die DNA der Zellkerne hineinkopiert werden. Welche Auswirkungen hat es, dass die modifizierte mRNA des »Impfstoffs«, die 1.000 Mal so lang wirksam bleibt wie körpereigene mRNA, in DNA übersetzt werden kann?

Ihre DNA ist ein Buch des Lebens, das Gott für Sie persönlich geschrieben hat. Es ist unvorhersehbar, was die reverse Transkription umschreibt oder löscht. Der Bote ist plötzlich nicht mehr Überbringer, sondern Bestimmer einer Botschaft, Ihre genetische Souveränität ist bedroht.

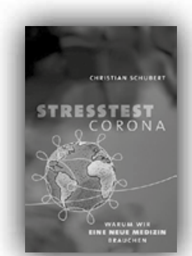
Dieser Coup wird unter dem Deckmantel vorgeblicher Gesundheitsfürsorge vollzogen. List und Tücke sind Eigenschaften Satans, des Vaters der Lüge. Im Buch der Offenbarung heißt es, dass alle Völker durch »Zauberei« verführt werden (Offb. 18,23). Im Griechischen steht hier pharmakeia, das heißt wörtlich: Giftmischerei.

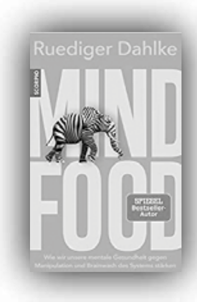
Satan hasst uns, weil wir nach Gottes Ebenbild geschaffen und dazu berufen sind, Wohnstätte Seines Geistes zu sein; er will uns Schaden zufügen. Jesus aber ist gekommen, um die Werke Satans zu zerstören. Wer sich hat spritzen lassen, höre auf damit, wende sich Jesus zu und bitte ihn um Bewahrung vor dem Bösen.

*Dr. Günther Riedl, 30 Jahre (bis 2020) als Kinderarzt in Uelzen tätig, jetzt als Christ im Widerstand*

**DW-EMPFEHLUNGSLISTE**
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin


Post-Vakzin-Syndrom.
Handbuch für Geschädigte der Corona-Impfung
Florian Schilling
tredition
978-3-347-54460-4


Stresstest Corona.
Warum wir eine neue Medizin brauchen
Christian Schubert
Books on Demand
978-3-7557-5840-2


Mind Food.
Wie wir unsere mentale Gesundheit gegen Manipulation und Brainwash des Systems stärken
Ruediger Dahlke
Scorpio
978-3-95803-452-5


Die Waffen niederlegen.
Die Botschaft der Krebszellen verstehen
Kerstin Chavent
Scorpio Verlag
978-3-95803-237-8


Feindbild Russland.
Geschichte einer Dämonisierung
Hannes Hofbauer
Promedia
978-3-85371-401-0


Die öffentliche Meinung.
Wie sie entsteht und manipuliert wird
Walter Lippmann
Westend
978-3-86489-223-3


Das Ende des Endes der Geschichte.
Post-Politik, Anti-Politik und der Zerfall der liberalen Demokratie
Alex Hochuli, George Hoare, Philip Cunliffe, Promedia Verlag
978-3-85371-498-0


Karl – 2050.
Sandra Kristin Meier
Books on Demand
978-3-7526-4229-2


Das sogenannte Gute.
Vom Unvermögen der Ideologen
Gerhard Szczesny
Rowohlt
3-499-16872-3


Der Steppenwolf.
Hermann Hesse
Suhrkamp
978-3-518-36675-2

# Er hat den Allerhöchsten zum Freund

***Mit Peter Hahne meldete sich eine weitere kritische Stimme im Mainstream zu Wort.*** | Von Anke Behrend

**Peter Hahne, der Christ, der Nachrichtenmann, das konservative Gesicht des *ZDF* und seit 2017 in Pension, kritisierte im *MDR*-Talkformat »Riverboat« am 6. Mai 2022 die Corona-Maßnahmen als zum Teil falsch.**

Über zwei Jahre hätten Alte ungetröstet sterben müssen, und selbst linke Journalistenkollegen wie Stefan Aust und Heribert Prantel kritisierten die Rolle der Kirche in der »Pandemie«. Hahne benennt das Gendern als elitär, behinderten- und flüchtlingsfeindlich und ist damit weiter links, als jene »Linke«, die Inklusivität vor sich hertragen, mit ihrer moralistischen Hybris jedoch immer wieder an der Realität scheitern.

Das launige Interview mit Peter Hahne bei »Riverboat« führte Jörg Kachelmann, der auf den Sozialen Medien mit verbalem Bodenturnen auffällt, Kritiker als »Hirnschiss« absondernde »Schmierlappen« bezeichnet und sich selbst links verortet.

In seinem neuen Buch »Das Maß ist voll« thematisiert Peter Hahne die Entgleisungen von Politik und Medien in der »Pandemie«. Er brandmarkt, die »Eliten« als selbstgerecht, schamlos, die Maßnahmen als überzogen und macht deutlich, dass Links und Rechts als politische Kategorien ausgedient haben. Beim *MDR* ist mit Peter Hahne eine weitere kritische Stimme zu Wort gekommen, nachdem im Magazin »Umschau« mehrmals Impfnebenwirkungen thematisiert worden waren – eine erfreuliche Entwicklung in Richtung kritischem Journalismus und Meinungsvielfalt, um die der *MDR* sich mit dem Rauswurf von Uwe Steimle (2020) und Katrin Huß (2016) immer weniger verdient gemacht hatte.


*Peter Hahne: Ein prominenter Kritiker des Corona-Regimes.* Foto: Raimond Spekking/(via Wikimedia Commons)

## SPORT MIT BERTHOLD

HELDEN IM HINTERGRUND

**Es sind nicht die allein großen Namen, die die ganz großen Siege erst ermöglichen. Ich möchte zwei Menschen aus meinem Leben nennen, die leider schon verstorben sind.**

Zum einen Anton »Toni« Hübler, Zeugwart von Eintracht Frankfurt und deren gute Seele. Bei ihm bin ich als Jungprofi sozusagen in die Lehre gegangen. Schuhe putzen, Taschen in den Mannschaftsbus schleppen – so war das früher. Der Toni hat immer seine schützende Hand über uns gehalten.

Zum anderen Adolf »Adi« Katzenmeier. Er war in der Nationalmannschaft immer für uns da, 24 Stunden am Tag. Er und seine Kollegen haben während der Fußballweltmeisterschaft in Italien 1990 in ihrem Bereich Übermenschliches geleistet. Als wir gegen 1 Uhr in der Nacht von den Spielen in Mailand und Turin zurückkamen, haben sie alle Spieler ausmassiert und mit Elektrolyten über die Vene versorgt. Das ging meistens bis 4 Uhr morgens. Danach eine Schlaftablette und ab ins Bett. Am nächsten Tag war zwischen 10 und 11 Uhr wieder Pressekonferenz und leichtes Training. Das sind zwei meiner stillen Helden im Hintergrund.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.





# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**ES IST GEFÄHRLICH, RECHT ZU HABEN, WENN DIE REGIERUNG UNRECHT HAT. VOLTAIRE**

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

**Impressum | Wochenzeitung** «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW/der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 90. Ausgabe ab Samstag, 14. Mai 2022. | Redaktionsschluss war am 12. Mai 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT QNTODEB2XXX.**

**Chefredaktion**: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Jill Sandjaja, Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Klaus Müller, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam, UFP United Free Press, London.

**Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 91 erscheint am 28. Mai 2022.